

Die Redaktion befindet sich in der...
Verlag: Berlin 12, Ortelstraße 6-8.

Die wichtigsten...
Fernsprecher: Zentrum 15230-15233

Sozialistische

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Triumphtag der Arbeiterschaft

Die größte Massenkundgebung der Welt — Die Kampfansage an die Reaktion

Massen heraus... und die Massen kamen. Sie kamen in unabsehbaren Zügen. Sie kamen aus allen Betrieben und Werkstätten, dort, wo Tag für Tag die Arbeit geleistet wird, auf deren Grundlage sich unsere ganze Kultur erhebt. Sie kamen geordnet und geschlossen. Einig waren sie und vereint. Diese Einigkeit gab ihnen das Bewußtsein neuer Stärke und erfüllte sie mit stolzer Zuversicht.

Es war die größte politische Demonstration, die Berlin je gesehen hat. So gewaltig manche Kundgebungen der Berliner Arbeiterschaft schon gewesen sind, diese hat alle anderen übertroffen. Es war wohl die größte politische Manifestation, die überhaupt je, auch außerhalb Deutschlands, stattgefunden hat. Als die Menge auf den riesigen Plätzen versammelt war, umweht von den Bannern des Sozialismus und der Republik, war der Anblick überwältigend. Berlin erwies sich als die Hauptstadt der Republik, als die Hauptstadt des Sozialismus.

Niesenhaut war das Aufgebot. So groß die Zahl der sozialistisch und gewerkschaftlich Organisierten dieser Stadt auch sein mag, diesmal ging die Teilnahme weit über diesen Kreis hinaus. Die Provokation der Reaktion hatte endlich auch die Gleichgültigen und Teilnahmslosen ausgerufen. In den Kerntropfen der organisierten Arbeiterschaft gefellte sich alles, was für die Republik, für die aufwärtsführende Entwicklung gegen die Wiederkehr des Alten und Gestürzten ist.

Wer diese Massen sah, wer sich vergegenwärtigte, daß zur selben Stunde im ganzen Reich der Kampf gegen die Reaktion denselben Widerhall gefunden hatte, der mußte daran denken, wie gegenüber diesen Massen die Scharen der Reaktion verschwinden würden. Wie war es dennoch möglich, daß sie so lange ihre Macht bewahren, ihre Verschönerung organisieren, ihre Hege gegen die Arbeiterschaft, gegen die Republik betreiben konnte? Es war nur möglich, weil die Massen sich ihrer Macht nicht bewußt waren und weil sie duldeten, daß jene ihre Herrschaftstellungen behielten, die sie im alten System errichtet und ausgebaut hatten.

Jetzt aber haben sich die Massen gewährt. Sie waren beisammen, nicht nur auf gleichem Raume, zur gleichen Stunde, sondern sie waren geistig geeint, von demselben Willen befeuert, der gleichen Parole folgend. Die Einheitsfront war verwirklicht. Und von dieser Kundgebung geht ein neuer Abschnitt der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und damit der deutschen Politik aus. Erhöhtes Machtbewußtsein, gesteigerte Aktivität ist die nächste Folge. Dann aber lebt in den Massen der Wille, dem Gegner gegenüber die Geschlossenheit zu wahren, die Kraft nicht zu versplittern, sondern sie zu konzentrieren in einheitlichem Vorgehen.

Diese Geschlossenheit ist so notwendig als je. Denn Kampflös gibt die Reaktion keine ihrer Stellungen preis. Schon organisiert sie ihren Widerstand. Die bayerische Regierung setzt der Politik des Reiches ihren verstaubten Willen entgegen. Sie will die Anebelung der Arbeiterschaft, sie will die Unterdrückung unserer Presse, die Unterbindung aller republikanischen Organisationen fortführen. Die bayerische Regierung konnte dieses Treiben so lange wagen, als die bayerische Arbeiterschaft noch eingeschüchelt war und sich isoliert glaubte. Jetzt sieht die gesamte Arbeiterklasse geschlossen hinter den bayerischen Sozialisten und Republikanern. Sie steht an der Donau, denn Nordbayern ist des Treibens der in München verhängten Clique gründlich satt.

Aber der gestrige Tag hat auch der Reichsregierung gezeigt, welche Massen hinter der Politik zum Schutze der Republik und zum Kampfe gegen die Reaktion stehen. Und diese Massen werden keine Schwäche und keine Nachgiebigkeit ertragen. Sie werden keine Herausforderung der Reaktion dulden. Weigert sich die bayerische Regierung noch länger, das Notwendige zu tun, dann ist es Sache der Reichsregierung, endlich auszuführen, was schon längst hätte geschehen müssen und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern zu sorgen.

Die ungeheure Energie, die in der Massenbewegung liegt, darf und wird sich nicht erschöpfen in einzelnen Abwehrmaß-

nahmen und vorübergehenden Unterdrückungen der schlimmsten Auswüchse der reaktionären Propaganda. Volksmacht steht jetzt gegen die Herrschaftsmacht der Reaktionsäre, die sie sich in der Verwaltung, in der Justiz, in der Armee geschaffen haben. Diese Herrschaftsmacht muß gebrochen, die Volksmacht unerschütterlich befestigt werden. Grundlegende Reformen tun not, und auf ihre Durchsetzung muß sich der Druck der Massen richten.

Die Massen sind in Bewegung, die Bewegung ist im Fluß. Umsichtig und besonnen, aber auch im vollen Bewußtsein ihrer Stärke wird sie von den politischen und wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterklasse als gewaltige Kraftquelle ausgenutzt werden, um die politische Entwicklung vorwärts zu bringen, um die Möglichkeit des Erfolges, die uns der gestrige Tag gezeigt hat, zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dann wird der gestrige Tag in der deutschen Geschichte verzeichnet sein als der Ausgangspunkt des Sieges der Republik über ihre Gegner, als Triumph der Arbeiterschaft über die Reaktion, als Beginn der Einigung des Proletariats und als Gewähr seines unaufhaltsamen Vormarsches.

Die Demonstration

Der Aufmarsch

Schon um die Mittagsstunden begannen in den Vororten und den verschiedenen Distrikten sich die Demonstranten zu formieren. Heute blieb keiner zu Hause, keiner wollte fehlen, wo es eine einheitliche Kundgebung der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteien gegen das reaktionäre Nordregiment galt.

Von 3 Uhr ab kamen die Züge ins Zentrum, um 5 Uhr war der Aufmarsch noch nicht beendet. Tausende, Zehntausende, Hunderttausende kamen, die unabsehbaren Züge wollten kein Ende nehmen. Die Gefahr des Regens hatte niemand abgeschreckt, und der leichte Wind schien sich nur aufgemacht zu haben, um die Fahnen des Proletariats zu blähen.

Fahnen ohne Zahl flatterten über den Massen. Sie trugen die Farben der Republik, die man sonst nur aus der Verfassung kennt. Aber noch viel zahlreicher war das Rot der Revolution und des Sozialismus. Es wogte gleichmäßig über Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten, sie alle einigend in der flammenden Farbe des Volkes.

Es war die größte Demonstration, die Berlin je gesehen hat. Vielleicht die größte, in der überhaupt jemals ein gemeinsamer Wille zum Ausdruck gebracht worden ist. Größer noch als die Friedendemonstration vom Juli 1918. Eine halbe Million Menschen füllte die Plätze rings um das Schloß des ausgereiften Wilhelm. Bis weit hinein in die umliegenden Straßen drängten sie sich, die Linden, die Köpcke bis zum Alexanderplatz: ein einziges Meer von Menschen.

Die Parolen

Vor jedem Zug wurden die Tafeln getragen, die keine Organisation bezeichneten. Man sah sämtliche Berliner Bezirke, die privaten, die städtischen und die staatlichen. Die Beamten waren zum Teil in ihren Dienstanzügen erschienen.

Nieder mit der Reaktion! Nieder mit den Nordbanden! Fort mit dem Ausnahmezustand! Heraus mit den politischen Gefangenen! Es lebe die Republik, waren die häufigsten Inschriften. Besonders Beifall fanden die zahlreichen Plakate, die zur Einigung der Arbeiterschaft aufforderten. „Immer einig wie heute, dann sind wir unbesieglich“, stand auf einer Tafel, und was sie aussprach, fühlten Zehntausende.

Allgemeine Zustimmung fand auch ein Galgen, an dem eine Figur hing, darunter die Inschrift: „Doch die Rörder!“ Andere waren in Berlin: „Wir fluchen dieser Rörderhand und der Partei, die mit ihr verwannt!“

Aber härter noch als alle Fahnen und Plakate brachten die Lieder des gemeinsamen Volkes zum Ausdruck. Mehrere Kapellen erschienen, und auf allen Seiten erklangen die Klänge des Proletariats. Immer wieder hörte man die heiserlichen Rhythmen der Internationale und die schmetternden Fanfaren der Arbeitermarschälle.

Die Redner

Ziemlich pünktlich um 4 1/2 Uhr wurden Trompetensignale gegeben und die Ansprachen begannen. Zuerst den festgesetzten Rednern sprachen noch eine große Anzahl anderer Genossen. Ihre Zahl wuchs immer noch nicht aus, um jeden einzelnen der Demonstranten zu erreichen.

Sie sprachen vom Museum, vom Dom, vom Schloß, von den Denkmalern der Hohenzollern, von Lützowhäusern und Handwagen. Um die Denkmäler gruppierten sich Menschenmassen. Die Väter der gestrigen Gewalttäter sahen sich umgeben von toten Fahnen

und proletarischen Reden. Auf der Helmspitze des vierleinen Friedrich Wilhelm, der sein Haupt schon einmal entblößen mußte, als die Gefallenen von 1848 an ihm vorübergeführt wurden, hatte ein Junger die rote Fahne aufgespielt. Nicht besser erging es seinem Bruder, Wilhelm I., dem „Kartätschenprinzen“. Der trug nun endlich eine rote Fahne in der Faust und ritt mit ihr in die Zwingsburg seiner Väter.

Brausend donnerten die Hochrufe auf die internationale Vertretung des Proletariats, auf die Kräftigung der Republik im Geiste des Sozialismus. In einer wunderbaren Ruhe und mit einer bei diesen Massen geradezu unheimlichen Ordnung nahm die Kundgebung ihren Verlauf.

Der Abmarsch

Kurz vor 5 Uhr setzte der Abmarsch ein. Die Betriebe und Distrikte blieben zusammen und marschierten ordnungsmäßig wieder ab. Die Baumreihe wurde strikt umgangen. Aber es zeigte sich wieder, daß diese Einrichtung nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich ist.

Die kolossale Menschenmenge mußte nach einer Seite abströmen, und das führte zu geradezu beängstigenden Stauungen. Es ist wahrhaftig ein Wunder, daß trotzdem alles ruhig abging und niemand zertreten worden ist. Eine Anzahl Unmatschonsfälle wurde von den Arbeiter-Samaritern prompt erledigt, aber sie wären vielleicht nicht eingetreten, wenn der Abmarsch auch nach den Linden möglich gewesen wäre. Die Baumreihe hätte um so eher in Anbetracht der Halbmillionsdemonstration aufgehoben werden können, als der Reichstag zurzeit gar nicht zusammentritt.

Daß ernstere Zwischenfälle und Störungen, die bei diesem Gedränge beinahe mit Sicherheit zu erwarten waren, nicht vorgekommen sind, ist nur der bewunderungswürdigen Disziplin der Arbeiterschaft zu verdanken. Die Schupo, die zur Feier des Tages mit Karabinern erschienen war, hätte ruhig zu Hause bleiben können. Die freiwillige Disziplin des Proletariats und die vorzügliche Organisation des Ordnungsdienstes gaben trotz der erregten Stimmung gegen die Reaktion der Demonstration einen würdigen, harmonischen Abschluß.

Die Reden unserer Genossen

Genosse Crispian:

Der heutige Aufmarsch der Massen gibt uns allen die Gewißheit, daß unser Kampf um die Befreiung der Menschheit siegreich enden wird. Das Aitentat gegen Erzberger ist gerichtet gegen die letzten reaktionären Erregungsherden.

Die Reaktion verfügt über starke wirtschaftliche und politische Machtpositionen und beherrscht durch ihre Handlanger die Volkserziehung und durch die Presse die öffentliche Meinung. Die letzten Taten der Reaktion sind ein Ausfluß der hinterlistigen kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, die, wenn es 100 Prozent Gewinn gilt, unbedenklich jedes Gebot an der Menschheit beugt. Der Kapitalismus ist es, der die Welt heimlich mit Mord und Brand, und gegen ihn hat sich unser Kampf zu richten.

Zwei Jahre Mord!

Innerhalb zweier Jahre wurden von der Reaktion 315 Männer, die im politischen Vorderreife standen, ermordet. Tausende namenloser Männer und Frauen wurden erschlagen. Und der Mord geht weiter! Tausende und Zehntausende wurden von der Klassenjustiz in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt. Die Gerichte sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bewußte Organe des Klassenhasses der Besitzenden gegen das Proletariat, sie sind Henkerkommissionen. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen heute an die

Mushungern des deutschen Volkes durch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer

denken. Wir wissen, daß wir in diesem Jahre eine gute Getreideernte haben, und wenn die Agrarier glauben, durch Hunger das Proletariat auf die Knie zwingen zu können, dann taten wir diesen Herren zu, daß unter Umständen die Massen auf das Land hinausgeschoben werden! (Stürmischer Beifall.) Die außerpolitische Atmosphäre wird durch das starke Auftreten der Hindenburg- und Ludendorffs, dieser Rassenmörder und Verräter (Stürmische Zwischenrufe: Nieder mit den Verrätern!) veräppelt. Auch weiterhin muß alle Kraft aufgewendet werden, um eine Entpannung der außerpolitischen Situation herbeizuführen und

Einfluß auf die innere Politik

zu erreichen. Die Regierung hat einige Maßnahmen getroffen, die wir aber nur als einen bescheidenen Anfang betrachten. (Sehr richtig!) Über diese Maßnahmen hinaus muß viel tiefer eingegriffen werden. Die Räderzentralen müssen ausgerottet und die Bourgeoisie muß restlos entwaffnet werden. Eine Überberungsaktion der amtlichen Dienststellen, der Reichswehr und Schupo muß einleiten. Wir fordern eine Bildung von Wehren aus allen erprobten Kämpfern, die nicht auf das Volk schiefen werden, und zu deren

das Proletariat Vertrauen hat. Für unsere eingeschlossenen Brüder und Klassenangehörigen fordern wir die Freiheit. Für eine Erlösung der Gewerkschaft der Beschäftigten und die Inangriffnahme der Sozialisierung haben wir einzutreten. Diese Forderungen bedeuten nicht unser Endziel, sondern sollen uns nur

einigen Schritt vorwärts

bringen. Den Männern in der Regierung, die von dem Proletariat dorthin geschickt sind, rufen wir zu:

Wenn ihr euch nicht durchsetzen könnt, dann appelliert an die Massen, stellt euch mit uns in Reich und Glied, und wir werden den Mut und die Kraft haben, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen! (Langanhaltender Beifall)

Wenn das Proletariat zusammensteht, kann ihm niemand widerstehen! (Stürmischer Beifall)

Während Genosse Crispian von den Demonstranten gefordert wurde, nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch

für den Sozialismus

zu kämpfen und sich nur auf ihre eigene Kraft zu verlassen, schloß er unter stürmischem Beifall der Zuhörer sein wirkungsvolles Referat mit dem Kampfruf:

„Die Augen auf, ihr Kampfgewissen!“

Ein ganzer Sieg muß unser sein!

Die Fahne hoch und treu geschlossen

Zum Weitermarsch die vollen Reih'n!“

Genosse Ledebour

Genosse Ledebour betonte, wenn die Berliner Arbeiterschaft heute in solch ungeheuren Massen sich zu einer Kundgebung zusammengerufen habe, so müsse sie sich doch bemühen, daß eine solche Demonstration an sich keine Tat ist, sondern nur

die Kundgebung des Entschlusses zur Tat.

Es sei ein Aufruf für die notwendige Nachbetrachtung, die der Arbeiterschaft endlich die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele verbürgt. Eine solche Nachbetrachtung des Proletariats im gemeinsamen Kampf haben wir erlebt in den Tagen des Kampfes.

Der Übermut der Reaktion läßt es nicht mehr zweifelhaft erscheinen, daß der reaktionäre Faschismus einen abermaligen Vorstoß plant. Auf die Abwehr eines solchen Vorstoßes sind vorzubereiten ist die dringendste Pflicht des Augenblicks. Aber dann darf es nicht mit dem Augenblickserfolg der Abwehr sein Bewenden haben, sondern das Proletariat muß einheitlich, wie es in den Kampf gegangen ist, auch zusammenhalten, um seine proletarischen Ziele,

die Neugestaltung unseres ganzen Gemeinwesens nach sozialistischen Grundzügen

durchzuführen. Diese großen Aufgaben werden sich nicht in einigen Tagen bewältigen lassen, es ist dies ein mühsames und langwieriger Prozeß, der der festen Entschlossenheit und Tatkraft der deutschen Arbeiterschaft bedarf.

Der äußere Anstoß zu dieser gewaltigen Demonstration ist abermals durch einen politischen Mord gegeben, zu dessen Opfern sich diesmal die nationalsozialistischen Reaktionen nicht wie bisher die Vorkämpfer des Sozialismus, sondern einen bürgerlichen Politiker auserwählen haben, der ihnen un bequem geworden ist, weil er ernsthaft für den Frieden gearbeitet hat und das Vorkommnis der Beschäftigten angefaßt hat. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß Erberger außerhalb unserer Bewegung stand, es ist nicht unser Mann, der im Schwarzwald durch Mordtätigkeiten niedergestreckt wurde, aber während auch das demokratische Bürgertum sich gegenüber der Ernennung proletarischer Vorkämpfer passiv verhielt, ist das sozialistische Proletariat weitblickend genug, den reaktionären Vorkämpfern entgegenzutreten, auch dann, wenn sie sich Vertreter des demokratischen Bürgertums zum Opfer auswählen.

Wir verlangen deshalb mit aller Energie, daß die Regierung, deren eigener Anhänger niedergestreckt wurde, nunmehr endlich

durchgreifende Maßnahmen

anwendet, um aus der Rechtsprelle und der Verwüstung in ganz Deutschland alle die reaktionären Elemente zu beseitigen, die bisher die monarchistische Amtselite begünstigt haben.

Aber immer wieder muß betont werden, daß das nur ein Anfang ist, die Arbeiterschaft muß in den beginnenden Kämpfen zusammenwachsen und zusammenhalten, um aus dem heutigen Deutschen Reich ein wirklich sozialistisches Gemeinwesen zu machen.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld

Der Mordmord ist zum politischen System der heutigen Republik geworden. Schon bald nach der Revolution begann die Reaktion, die Vorkämpfer der Arbeiterschaft hinzumorden. Nord folgte auf Nord, Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner, Landauer, Levin, Haase, Gareis, Sast und jetzt Erberger. 314 Worte an Arbeitern und Arbeiterführern sind noch ungehört. Erberger war nicht unser Mann. Ihn trafen aber die Regeln des Mordmörders, weil der Reaktion schon ein Erberger als Vorkämpfer der Republik galt. Die Reaktion jubelt über den toten Zentrumsmann, aber sie jubelt zu früh. Diese Tat hat

die Empörung der gesamten Arbeiterschaft

und sogar weiter Teile des Bürgertums hell aufflammen lassen. Jeder sieht: die Republik ist in Gefahr, und auch uns, die wir eine sozialistische Republik erstreben, ist diese Republik immerhin eine Messe wert. Zum Schutz der Republik demonstriert heute in Deutschland die gesamte Arbeiterschaft. Über alle Parteigrenzen hinweg ist heute die geschlossene Einheitsfront des Proletariats gebildet.

Für gegenüber kann sich keine Macht in Deutschland behaupten.

Auch die Reaktion in Bayern kann sich nicht länger halten, wenn die Arbeiterschaft einig ist. Bayern ist die Hauptstütze der Reaktion. Die Regierung muß beseligt werden. Die Reichswehr ist monarchistisch, die Schutzpolizei kein zuverlässiges Organ der Republik. Die Klassenjustiz wird immer rücksichtsloser gehandhabt. Die Beamten des alten Regimes schalten und walten wie sie wollen.

Wollt Ihr Euch diese Zustände in Deutschland länger gefallen lassen?

(Ein vielstimmiges Nein war die Antwort der Massen.) Mit diesem Nein ist es nicht getan. Gewiß ist die heutige Demonstration die größte, die Berlin jemals gesehen hat, aber damit allein ist es noch lange nicht getan. Die heutige Kundgebung kann nur der Anfang sein. Immer größere Aktionen müssen folgen, bis die Reaktion niedergeworfen ist. Wir fordern die Befreiung der Mörder Erbergers und der Mörder aller Vorkämpfer der Arbeiterschaft. Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen. Staatsverwaltung und Justiz müssen von Grund auf umgestaltet, Reichswehr und Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen gereinigt werden.

Die Waffen gehören in die Hand der Republikaner.

(Allgemeiner Beifall) Ist dies der Fall, so ergibt sich alles übrige von selbst. Der Ausnahmezustand muß überall in Deutschland fallen. Keine schwarz-weiß-rote Fahne mehr, kein Hakenkreuz mehr auf den Straßen! Keine monarchistische Kundgebung darf mehr geduldet werden. Die Straße frei für die Republik und die Republikaner! Alles dies wird geschehen, wenn

die Einheit der Arbeiterschaft in der Aktion

erhalten bleibt. Wir dürfen uns nicht länger den Luxus zerstückelter Aktionen einzelner Arbeiterparteien erlauben. (Lebhafter Beifall) Unsere Parole muß sein: Heute ist der erste Schritt getan! Und nun aber weiter! Es darf nicht früher Ruhe geben in Deutschland, bis die monarchistische Reaktion zerstückelt am Boden liegt. Rüber mit der Konterrévolution! Es lebe die Republik! (Allgemeiner Beifall!)

Redner der anderen Parteien

Von der Freitreppe des Alten Museums sprach der Rechtssozialist Otto Braun.

Wir demonstrieren heute gegen die, welche bei Ausbruch der Revolution ins Ausland flüchteten oder sich hier zitternd verborgen. Aber als jene Leute sahen, daß das deutsche Volk seine Gutmütigkeit nicht verloren hatte, da kamen sie wieder hervor. Erst Herr Helfferich, dann Herat, und schließlich Graf Westarp, der während des Krieges in seiner Johanniteruniform hier umherkollerte und die politischen Schiebergeschäfte zwischen dem Hauptquartier und Berlin vermittelte. Sie suchten dem deutschen Volk einzureden, daß nicht ihre Tätigkeit, sondern die Politik der neuen Träger der Republik das deutsche Volk in den Abgrund gestürzt habe. Man hat Erberger das Schlimmste nachgesagt, man hat ihn in heillosen Weise mit Schmutz beworfen, als er an die Geldsäcke der Kriegsgewinnler zu rühren wagte. Die maßlose Verbeugung bewies, es, daß verwirrte Menschen sich fanden, welche die Waffe gegen die Vertreter der neuen Richtung in die Hand nahmen. Vor wenigen Wochen ist der Abgeordnete Gareis in München von einem Unbekannten gemeißelt worden. Der Täter ist noch heute nicht ermittelt und vielleicht sitzt er geborgen in Bayern. Vielleicht sitzen auch Erbergers Mörder jetzt ruhig und unbehelligt in dem Staat, dessen staatliche Organe gegen die Mordtaten nicht mit der erforderlichen Umsicht vorgehen. Die neuen Mordtaten sind auf den Hoch der Kriegshelden zurückzuführen, die in der Stappe rasteten, und der Kriegsgewinnler, die während des Krieges das Wort des Boltes ausgaben. Herr Helfferich stellte als Held vor die Geldsäcke der Beschäftigten. Die Schüsse in Griesbach waren gegen die Republik und gegen die Demokratie gerichtet. Deshalb erhebt sich das deutsche Volk und protestiert gegen die maßlose Hege chauvinistischer, nationalistischer Elemente, die keine Verantwortung kennen. Das muß aufhören. Es muß ein großes Reineinmachen angehen. Wenn die Herren von rechts die freie Luft der Republik verspüren. (Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk muß sich vor seine Verantwortung stellen und sie mit allen zur Verfügung stehenden Kräften schütten. Was innerhalb der Arbeiterparteien muß die Spaltung aufhören. Wer hier noch weiterhin für Zerstückelung eintritt, ist ein Helfferich der Mordpartei. Nieder mit den Mordmördern, es lebe der Sozialismus!

Auf dem Platz vor dem Schloß war die R.A.P.D. versammelt. Adolf Hoffmann, der u. a. für sie sprach, führte etwa aus: Heute seid ihr wieder in großer Zahl erschienen. Ich sehe mehr Menschen als bei der ersten Friedensdemonstration. Wo waret ihr, als unser unvergeßlicher Karl erschlagen und unsere unergiebige Rosa ermordet wurde, in einer Weise, wie noch nie eine Frau ermordet worden ist? Bisher habt ihr euch für eure Schamhälter, die Verbrecher an euch sind, gepfert, jetzt müßt ihr für euch selbst eintreten. Es gilt jetzt nicht nur die Freiheit der deutschen Republik, sondern auch die der Völker und der Proletariat. Man ist drauf und dran, einen neuen Krieg zu entfesseln und die Völker wieder aufeinander zu legen. Die Mörder Liebknechts laufen heute noch frei herum, dagegen schmachten tauende Proletarier im Zuchthaus. In keinem Lande der Welt wird die politische Hege, so führte Adolf Hoffmann weiter aus, so schamlos betrieben wie in Deutschland. Besonders die Mitglieder der R.A.P.D. scheinen vogelfrei zu sein. In diesen Zuständen seid ihr aber mitschuldig. Ihr unterstützt immer noch die bürgerliche Presse, die schamlos zu Morden auffordert. Nieder mit allen Mordhänden und unsäglichen Regierungen und allen Parteien, die nicht den Willen zur Tat haben! Ihr demonstriert hier nicht gegen den Mord an einem einzelnen, sondern gegen die Mordhänder, die frech, wie wir, im deutschen Vaterlande ihr Unwesen treiben. Wenn ihr den Willen zur Tat habt, er kämpft ihr euch die Freiheit, so wie ihr sie euch denkt. Wir wollen eine Einheitsfront der Arbeiter, um der Reaktion das Lebenslicht auszulöschen.

Der Aufmarsch in Spandau

Die Demonstration der Spandauer Arbeiter war von so gewaltigen Massen besucht, daß der alte Markt und der Platz vor dem neuen Rathaus die Teilnehmer nicht fassen konnte. Die Siemens-Halske-Werke sowie die Deutschen Werke Spandau waren vollständig erschienen. Unsere Genossen Eggert, Dons und Schlanert haben zu den Massen gesprochen.

Die Demonstrationen im Reich

Hamburg

Hamburg, 31. August. (W.B.)

Ungeheure Menschenmassen beteiligten sich an den heutigen Kundgebungen gegen den politischen Mordmord und für die Republik. Ungefähr 40-50000 Menschen versammelten sich auf dem Heiligengefeld. Die Versammelten forderten rücksichtsloses Vorgehen der Regierungen gegen die Nationalisten und Entlassung aller Beamten, die nicht auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, sowie Aufhebung des Verwaltungsstandes in Bayern und Ostpreußen. Die Massen hielten musterhafte Disziplin.

Leipzig

L.I. Leipzig, 31. August.

Die heutige Demonstration der drei sozialistischen Parteien Groß-Leipzigs fand auf dem Augustusplatz statt. Die Redner forderten eine Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Rechtsparteien und das kapitalistische Bürgertum. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Breslau

Breslau, 31. August.

Auf dem Schloßplatz fand eine Demonstration der sozialdemokratischen Parteien unter Teilnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Nach der Versammlung bewegte sich ein Demonstrationszug zu der Redaktion der „Schlesischen Tagespost“ und zur Wohnung des Prof. von Frenag-Lotzinger. Später gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

Eine vom Bund der Aufrechten für den 1. September angesetzte Tannenbergfeier wurde von Polizeipräsidenten verboten.

München

München, 31. August.

Die sozialdemokratische Partei hatte mehrere große Versammlungen gegen die Bedrohung der Republik durch die deutsch-nationale Mordpropaganda einberufen, die von etwa 20000 Personen besucht waren. Voehner hatte wieder seine ganze Macht aufgebracht, und die in die Stadt zurückströmenden Massen wurden von Panzerautos und Schildern „Wer weiter geht wird erschossen“ empfangen. Die anderen Parteien und die Gewerkschaften waren an dieser Kundgebung nicht beteiligt, da die S.P.D. alle verfügbaren Lokale belegt hatte, ohne die anderen Organisationen zu verständigen. Bisher ist von Zwischenfällen nichts bekannt.

Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Frankfurt a. M., 31. August.

In Frankfurt demonstrieren heute nachmittag über 100000 Proletarier gegen die Reaktion. In geschlossenen Zügen strömten die Massen aus den Betrieben um 4 Uhr auf den Opernplatz,

der sich trotz seiner riesigen Dimensionen bald zu klein erwies, um die Massen aufzunehmen, so daß sich noch in den umliegenden Straßen dicke Menschenbarrikaden stauten. Die Redner der sozialistischen Parteien betonten, daß die wuchtige Demonstration nur ein Auftakt zum Kampf gegen die Reaktion sei, daß diesmal bis zur letzten Entscheidung gerungen werden müsse. Als Kampziel wurden die vier Forderungen der U.S.P. aufgestellt und als fünfte die Abänderung der Obersten Verordnung dergestalt verlangt, daß sie nicht gegen das Proletariat mißbraucht werden kann. Der Demonstrationszug zog durch die Hauptstraßen Frankfurts. Es war eine unaufsehbarbare Menschenmenge, die die ganzen Straßenbreiten mit ihrem Gewoge in mehrstündigem Vorbeimarsch füllte.

Hannover

Aus Hannover wird gemeldet: Ungeheure Menschenmassen beteiligten sich an der heutigen Demonstration der Linksparteien und der Gewerkschaften für die Republik. Die Demonstration verlief in völliger Ruhe, ohne jeden Zwischenfall.

Donaubrück

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Donaubrück, 31. August.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien und das Gewerkschaftsbündnis veranstalteten heute eine Demonstration gegen die Reaktion. Mindestens 20000 Arbeiter, Beamte und Angehörige demonstrieren in musterhafter Weise gegen den politischen Mordmord und für die Republik. Der unübersehbare Zug war geschmückt mit vielen roten Fahnen und Farben der Republik. Die Genossen Hubert (S.P.D.) und Kull (U.S.P.D.) hielten zündende Ansprachen. Unruhen sind nicht vorgekommen.

Eberfeld

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Eberfeld, 31. August.

Gegen das monarchistische deutsch-nationale Mordsystem, für die Republik und für den Sozialismus demonstrierte heute die Eberfeld-Barmer Arbeiterschaft. In beiden Städten hatten dem Ruf der Arbeitsgemeinschaften der beiden sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftskommission wohl an 50-60000 Menschen Folge geleistet. In Eberfeld sprachen die Redakteure Dik von der S.P.D. und Dohbert von der U.S.P.D. und Gewerkschaftssekretär Daum, in Barmen Abgeordneter Sauerbrei (U.S.P.), Hoff (S.P.D.). Die Demonstration verlief wuchtig und imposant ohne jeden Zwischenfall. Entschuldigungen, in denen die Maßnahmen der Regierung bekräftigt und bestimmte Forderungen nach weitgehender Demokratisierung der Reichswehr, der Schutzpolizei und der Verwaltung niedergelegt sind, fanden einstimmig Annahme.

Cüstrin

Eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung fand hier auf dem Pferdemarkt statt.

Gen. Fiediger, Berlin gestellte in scharfen Worten das Treiben der Reaktion und beleuchtete die gegenwärtige Situation. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Ein solidarischer Gruß aus England

Uns ging folgendes Telegramm zu:

London, 31. August.

Das Executive-Komitee der englischen Social democratic Federation sendet herzlichste brüderliche Grüße den Genossen der beiden sozialistischen Parteien zu dem Tag des großen vereinigten Protestes gegen die militaristische Reaktion, die die deutsche Republik bedroht.

Die Verordnung des Reichspräsidenten

Die Ausführungsbestimmungen

Das Reichsgesetzblatt Nr. 92 veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen des Reichspräsidenten des Innern zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921. Für das Verbot der periodischen Druckschriften und für die Beschlagnahme von Druckschriften, ferner für das Verbot von Versammlungen, Bereinigungen, Aufzügen und Kundgebungen werden außer dem Reichspräsidenten des Innern auch die Ortspolizeibehörden und die ihnen vorgeordneten Polizeibehörden für zuständig erklärt. Das Verbot über die Beschlagnahme sind spätestens binnen 24 Stunden zu begründen und mit der Begründung sofort dem Verleger der Druckschrift, bei Veranstaltungen dem Veranstalter mitzuteilen. Von jedem Verbot und jeder Beschlagnahme ist sofort dem Reichspräsidenten des Innern Anzeige zu erstatten.

Glaubt die Regierung, mit diesen Mitteln der Reaktion Herr zu werden? Die Ortspolizeibehörden sind doch wohl kaum die Organe, auf die unbedingt Verlaß ist.

Preußen und die neue Verordnung

Das Reichsministerium des Innern hat nunmehr die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August erlassen. Der preussische Minister des Innern hat sie zugleich mit entsprechenden Anweisungen zum Einschreiten nach Maßgabe der Bestimmungen den Landes- und Ortspolizeibehörden zugehen lassen.

Die Zeitungsverbote

Gegen die Verbote der nationalsozialistischen Heftblätter wenden rechtsstehende Blätter ein, daß sie mit dem Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten im Widerspruch ständen. Demgegenüber wird der „Germania“ von zuständiger Seite über die Auffassung der Reichsregierung folgendes mitgeteilt:

„In der Verordnung heißt es nicht, daß der Tatbestand des § 1 von dem Tage der Verordnung an erst in Ermägung gezogen werden kann, sondern es können auch zurückliegende Fälle als Tatbestand des § 1 anzusehen werden. In der Verordnung ist nicht von einzelnen Artikeln die Rede, sondern von dem Inhalt der zu Gewalttaten usw. auffordernden oder anreizenden Druckschriften. Diese Fassung ist abschließend gewählt worden, um die Möglichkeit zu geben, den Charakter, die Gewohnheit und die Schreibweise eines Blattes zu treffen. Diese Interpretation wird nicht nachträglich gegeben, sondern hat dem Gesetzgeber beim Erlass der Verordnung vorzuziehen vorgezogen.“

Um den Geist der von dem Verbot betroffenen Blätter zu charakterisieren, sei auf einen Leitartikel des „Spandauer Tageblatts“ verwiesen, der die Ermordung Erbergers bespricht und die folgende Überschrift trägt:

„Aufs Schloß! Das zweite Opfer: Hells v. Gerlach!“

Deutlicher kann die Aufforderung zum Mord an dem Herrn ausgebeutet der „Welt am Montag“ kaum ausgedrückt werden.“

Die Gehaltszulagen in den Staatsbetrieben

Rundgebungen der Verbände

Die Organisationen sind unbefriedigt — Weitere Verhandlungen

Von der Pressekommission der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände wird mitgeteilt:

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Einkommens-erhöhung der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist den sach-erfahrenen Instanzen der an der Bewegung beteiligten Verbände zur Erstellung vorgelegt worden. In einer gemein-samen Konferenz der Vertreter der Organi-sationen (D. B. V., A. D. G. B., D. G. B. und Gewerkschafts-ring) am 30. August kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß nach beachtenswerter Zugeständnisse der Regierung in einzelnen Punkten das Gesamtergebnis nicht voll befriedigen konnte. Im Besonderen konnte es nicht gutgehen werden, daß der von den Organisationen vertretene Grundgedanke einer stärkeren so-zialen Sicherung, wie sie in der Forderung einer einheit-lichen Teuerungszulage zum Ausdruck kam, nicht verwirklicht wurde und daß die Regierung in Bekennung der Notlage der gering besoldeten Gruppen an dem gleichen prozentualen Teue-rungszulage festhielt. Dasselbe trifft auch zu für die Forder-ungen, die im Interesse der Diätäre, Angestellten und Arbeiter als Mindestgrenze des für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse notwendigen Einkommensaufstiegs aufgestellt war und ebenfalls in dieser Bewegung nicht in vollem Umfang ver-wirklicht werden konnte. Die Organisationen müssen nach wie vor an ihrer grundsätzlichen Anschauung festhalten und werden sie weiterhin vertreten. In Rücksicht auf die Notlage der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die eine vorläufige Ver-lagerung mit Geldmitteln notwendig macht, haben sich jedoch die Organisationen trotz schwerwiegender Bedenken nach schwierigen

und harten Auseinandersetzungen gezwungen, das jetzt erzielte Ergebnis hinzunehmen.

Diese Stellungnahme wurde den Vertretern des Reichs-finanzministeriums durch die Führer der Organisationen am Mittwoch, den 31. v. M. mitgeteilt, wobei verlangt wurde, daß die Regierung zusammen mit den Organisationen unverzüg-lich die Weiterberatungen der grundsätzlichen Fragen fortsetze, um so eine gerechte Basis zu schaffen, auf der in Zukunft eine befrie-digende Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen ermöglicht wird. Schließlich wurde mit dem Reichsfinanzministerium vereinbart, daß die noch offenstehenden Einzelfragen der jetzigen Regelung durch sofortige Aufnahme von Spezialverhandlungen geklärt und erledigt werden sollen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband verbreitet eine ähnliche Rundgebung, in der es allerdings heißt:

„Unter Berücksichtigung, daß die bisherigen Zugeständnisse der Regierung nur eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Ver-besserung der Einkommensverhältnisse sind, sieht der erweiterte Vorstand im gegenwärtigen Augenblick davon ab, auf die weiter-gehenden Forderungen zu bestehen. Er betont aber mit aller Entschiedenheit, daß die nächste Etappe der Bewegung von der Arbeiter- und Beamtenschaft erstrebten sozialen Aus-gleich bringen muß. Für die gegenwärtige Stellung des erweiterten Vorstandes ist nicht zuletzt die Tatsache maßgebend, daß dem Personal der Reichsbahnen auf dem raschesten Wege erhöhte Bezüge in die Hand gegeben werden müssen. Ohne also auf die weitergehenden grundsätzlichen Forderungen zu verzichten, erklärt sich der erweiterte Vorstand bereit, der von der Verhand-lungskommission mit der Regierung getroffenen Vereinbarung bei-zutreten. Er erwartet, daß die Reichsregierung die Auszahlung der neuen Bezüge so rasch als möglich vornehmen wird.“

Demnach deutet sich die Haltung des Deutschen Eisenbahnerver-bandes nicht ganz mit der Haltung der Spitzenkörperchaften.

Auch der Belagerungszustand in Ostpreußen aufgehoben

Der Reichspräsident hat mit Wirkung vom 1. September den noch verbliebenen Teil des Ausnahmezustandes in Ostpreußen aufgehoben.

Nun bleibt nur noch Bayern! Wann fällt der Aus-nahmezustand in Bayern? Er ist der Schuhwoll, hinter dem sich das reaktionäre Gesindel zu seinem Kampf gegen die Arbeiterklasse und die Republik immer wieder von neuem versteckt. Der Ausnahmezustand in Bayern muß fallen, wenn nicht durch Raht, dann gegen Raht.

Bayern widersteht sich

Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ be-schneidet die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, das Organ der bayerischen Regierungspartei, in einem weiteren Artikel die Verordnung des Reichspräsidenten als so einseitig und lückenhaft, daß Bayern schon aus diesen Gründen sich nicht dazu verstehen könne, seine bisherigen Sonderbestimmungen über den Aus-nahmezustand zu ändern, sondern es werde daran fest-halten. Gegen die Durchführung der Verordnung, die einen schweren Eingriff in die Selbständigkeit der Länder darstelle, werde von Bayern wenigstens Pro-teskt erhoben werden.

Das heißt also, Bayern wird erstens den gegen die Ar-beiterklasse gerichteten Ausnahmezustand beibehalten und zweitens die Anordnungen der Reichsregierung nicht ausführen. Die Bayern bekennen sich also offen zum Widerstand gegen das Reich. Hält die bayerische Regierung an diesem Standpunkt auch nur noch einen Tag fest, so wird von neuem offenkundig, daß sie ihre Aufgabe im Schutze der Norddeutschen und der Anstifter zum Reichs-widerstand erfüllt. Schon einmal sagte sie dem Reich Widerstand entgegen. Als der Friedensvertrag und das Ulti-matum erfüllt und die Einwohnerwehren aufgelöst werden sollten, weigerte sie sich, den Anordnungen der Reichsregie-rung zu folgen und brachte das deutsche Volk damit in die äußerste Gefahr schwerster außenpolitischer Konflikte. Sie gab damals scheinbar nach, denn heute dürfte kaum noch daran zu zweifeln sein, daß die Einwohnerwehren im ge-samten Bayern ebenloger fortbestehen wie die verurteilten Organe in manchen anderen Landesteilen. Jetzt wiederholt die Rahtsippe ihr verrücktes Spiel. Doch nun sollte das Maß voll sein. Will die Reichsregierung nicht den Zustand eintreten lassen, daß sich die Arbeiterklasse, die sich jetzt hinter sie gestellt hat, um die Früchte ihres Kampfes betrogen sieht, dann muß sie sofort Maßnahmen ergreifen, um den Widerstand dieser Reichsfeinde zu brechen.

Die Auffassung der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wird bestätigt durch folgende, in später Stunde ein-gehende Meldung:

Wie die Tel.-Union zuverlässig aus München erfährt, hat sich der geistige mehrköpfige Rat, nachdem er sich zu-sammen mit den notwendigen Vorkehrungen über eventl. Straßendemonstrationen besetzt hatte, auch mit den letzten Erlassen der Reichsregierung, betreffend des Verbot der Zeitungen der Rechtsparteien und das Verbot des Uniformtragens, beschäftigt. Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die bayerische Regierung in Berlin, gegen diese Erlasse der Reichs-regierung Schritte zu unternehmen.

Hoffentlich werden diese Schritte so beantwortet, wie sie es verdienen, mit Fußstapfen nämlich.

Dumm und frech

Die „Münchener Zeitung“ teilt mit, daß der „Bäcker“ vom Reichsinnenminister ein Telegramm mit der Mitteilung des Verbots erhalten habe. Da ein solches Tele-gramm jeder linken Unse, beabsichtigt das Blatt, keine Konse- quenzen zu ziehen.

Hoffentlich bringt man dem Hehlblättchen von Berlin aus die Konsequenzen bald bei.

Das Gegenstück

Beim Beschwerdegericht am Landgericht München I wurde die Beschwerde des Verlags der „Münchener Morgenpost“ gegen das Verbot dieser Zeitung durch den Staatskommissar ab-gewiesen. Das Beschwerdegericht trat den Vorstellungen des Staatskommissars vollständig bei. Bisher ist noch nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß das Beschwerdegericht eine

Maßnahme Boshners aufgehoben hätte. Eben so wenig hat das Beschwerdegericht von seiner Beschlagnahme Gebrauch gemacht, öffent-lich zu verhandeln. Es verhält sich von selbst, daß das Be-schwerdegericht den lauter wachenden Reaktionären Besitzt ist.

Die Suche nach dem Mörder

Noch kein Ergebnis

Bolffs Bureau meldet: Außer den durch die Presse bereits bekanntgegebenen Personen sind in der Vorangelegtheit Erz-berger von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums noch einige andere junge Leute wegen Verdachts der Täterschaft festgenommen, inzwischen aber wieder entlassen worden, da sich der Tatverdacht als unhaltbar herausgestellt hat. Die von der Festnahme Betroffenen waren ein junger Kaufmann, der sich in angetrunkenem Zustande durch Redensarten, als wenn er an dem Mord an Erzberger beteiligt gewesen war, verdächtig gemacht hat, und ferner ein Oberleutnant a. D., der vorher in Oberbayern war.

Im Anschluß an die Festnahme des ehemaligen Fähnrichs v. Hirschfeld ist bei der Abteilung IA des Berliner Polizei-präsidiums eine ausführliche Mitteilung des württembergischen Landespolizeiamtes vom 30. d. M. eingegangen, nach welcher v. Hirschfeld als Mörder Erzbergers nicht in Frage kommt. Die württembergische Kriminalpolizei hat festgestellt, daß sich v. Hirsch-feld am Tage der Tat ununterbrochen in Reimbach — also 35 Kilometer vom Tatort entfernt — aufgehalten hat. Beim Berliner Polizeipräsidium ist demgegenüber ein vom 31. d. M. datiertes Telegramm der Staatsanwaltschaft Osnabrück einge-gangen mit der Bitte, v. Hirschfeld weiter in Haft zu behalten, mit dem Bemerkens, daß die Staatsanwaltschaft beim zuständigen badischen Amtsgericht Haftbefehl gegen v. Hirschfeld bean-tragen wird. Bei dieser ungeklärten Lage wird v. Hirschfeld vor-läufig im Berliner Polizeipräsidium weiter festgehalten.

Leichenseier in Biberach

Biberach, 31. August (M. T. B.)

Die Leiche des ermordeten Reichsminister a. D. Erzberger trat gestern abend, von einer Ehrenwache Biberacher Bürger be-gleitet, hier ein. Sie wurde in dem Chor der Stadtpfarrkirche aufgebahrt. Eine Ehrenwache hielt die ganze Nacht Wache am Sarge. Heute früh wurde eine Messe für den Verstorbenen gelesen. Gegen 10 Uhr betrat die Witwe Erzbergers mit den nächsten Anverwandten die Kirche. In einem Sonderzuge waren der Reichstanzler, die Minister und Abgeordneten aus Berlin und Stuttgart eingetroffen, darunter Staatssekretär Dr. Heimmer von der Reichskanzlei, Regierungsrat Haas von der Pressestelle der Reichsregierung, der Reichstagspräsident Poebbe, Staatssekretär Beder-Arnberg, die württembergischen Minister Liesching und Volk, Geheimrat Jungheim, Direktor beim Reichstag, General v. Braune als Vertreter der Reichswehr, Regierungsrat Schwarz vom württembergischen Staats-kommissariat, Ministerialrat Egbring als Vertreter des Reichs-ernährungsministers, Staatskommissar für öffentliche Ordnung und Sicherheit Weismann. Der Reichstanzler wurde namens der Familie Erzberger durch den Abgeordneten Hauser und namens des Bezirkes Biberach durch Regierungsrat Bauer be-grüßt. Der Reichstanzler dankte für den Empfang und sprach die Hoffnung aus, daß Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrecht-erhalten bleiben. Er knüpfte daran Worte innigen Beileids und den Ausdruck des Absehens über das rasche Vergehen. Kaplan Vogt, ein persönlicher Freund Erzbergers, geleitete das feier-liche Seelenamt. Das Gotteshaus war überfüllt.

Truppenbewegungen um Berlin

Es ist in den letzten Tagen aufgefallen und hat auch mehrfach in den Kreisen der Bevölkerung angeichts der politisch gespannten Lage Beunruhigung verursacht, daß auf verschiedenen Eisenbahn-strecken Groß-Verlins in den Tagen seit der Ermordung Erz-bergers größere Truppentransporte beobachtet wurden. Auch unserer Redaktion wurden verschiedentlich dahingehende Beobachtungen mitgeteilt. Von zuständiger Stelle wird zu diesen Gerüchten mitgeteilt, daß einerseits Truppen der Garnison Pots-dam, wie vorgehen, von Potsdam nach dem Schießplatz Jüter-bog zu Schießübungen transportiert wurden. Andererseits war bekanntlich in Oßbergh die zweite Kavallerie-Division zu ge-dehnten Übungen zusammengezogen, die vor einigen Tagen durch eine Befehlsbefugung ihren Abschluß fanden. Diese Kavallerie-Divi-sion ist jetzt in ihrem Abtransport begriffen, der auch heute und morgen noch läuft. Ein Teil der Garnison der Regimenter dieser Division liegen in Schloßen und Ostbrandenburg. Ihr Abtrans- port erfolgt daher über den Vorbring auf die Ostbahn.

Alles in allem, so wird vom Reichswehrministerium versichert, liegen zur Zeit in Groß-Berlin einschließlich Potsdam weniger Truppen als gewöhnlich.

Zum Abfertigen in Potsdam erklärt das Reichs-wehrministerium, daß keine Reichswehrformation an dem Offizierschießen der ehemaligen Offiziere des 1. Garderegiments teilgenommen habe. Es handle sich anscheinend um eine Verwechslung mit der alljährlichen Gedenkfeier am 29. August für die Gefallenen von St. Quentin am Denkmal des 1. Garderegiments in Potsdam, bei der die sogenannte Tradi-tionskompagnie des Reichswehreinanzregiments 9 teil-genommen habe.

Die Polizeiprovokation in Insterburg

Die Genossen Leib und Meier haben im Preussischen Land-tag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Am 28. August 1921 haben die sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftsamt von Insterburg eine Kundgebung gegen Brot-wucher und Kriegsbrotveranschaulichung, während der Heimatverein eine Tannenbergsfeier abhielt. Dabei ist die Schutzpolizei gegen die sozialistischen Demonstranten gewalttätig vor-gegangen und hat einen Teilnehmer getötet und mehrere verwundet. Sind dem Ministerium diese Vorgänge bekannt? Wägt es das Verhalten der Schutzpolizei? Was gedenkt es zu tun, um die Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern, und will es die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen?

Ein zutreffender Druckfehler

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht sich veranlaßt, sich selbst wie folgt zu berichtigen:

„So!“, einer meinen, daß zwischen gelind und empfindlich ein Unterschied sei. Der Druckfehler ist aber mecht's nicht und oer-urteilt den Oltwig v. Hirschfeld zu einer „gelinden“ Strafe von einem Jahr und sechs Monaten, die jedermann sonst als sehr empfindlich ansieht und die wir auch noch heute als zu hoch erachten. Aber rechne einer mit der Vernunft des Druck-schereijers und noch dazu in dieser Zeit!

„Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ haben beide Recht. Ihre Sekar beurteilen politische Vorfälle weit richtiger als die Redakteure. Die Seker in der „Deutschen Zeitung“, indem sie den „Mies-macher Anzeiger“ verboten haben, die der „Deutschen Tageszeitung“, indem sie das Ur-teil an v. Hirschfeld als gelinde bezeichnen. Wäre es unter diesen Umständen nicht besser, Seker und Redakteure würden ihre Köpfe tauschen?

Die Verwundung des Ministers Dertter

Entstellende Meldung des M. T. B.

Zu einer M. T. B.-Meldung, die der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über eine Verwundung des braunschweigischen Ministerpräsidenten Dertter durch Kommunisten bringt, ist festzustellen, daß diese Meldung gegenüber den tatsächlichen Vorgängen eine Entstellung bedeutet. Die Verlamplung in Alfeld in der Alfeld-Deffligger Maschinen- und Fahrzeugfabrik verlief absolut ruhig und wurde keinesfalls durch Kommunisten gewalttätig unterbrochen. Es gelang den Ministern, die Arbeiterkassette vollkommen zu be-zwängen und die Direktion zur Zurücknahme der Ründi-gung zu bewegen. Auch eine Versammlung in der Waggon-fabrik Deffliggen verlief ruhig.

Die Verwundung des Ministers Dertter in einer Gast-wirtschaft in Deffliggen beruhte auf einem Irrtum anlässlich einer Teuerungsdemonstration, die Braunschweiger Kommunisten gegen wuchernde Landwirte unternommen hatten. Minister Dertter griff ein und wurde unerkannt geschlagen, als er sich für den Wirt-erwandte, den die Kommunisten unter einem Symbolischen Galgen zum Schwarz gegen die Bewucherung zwingen wollten. Durch eine Entschuldigung der Kommunisten wurde der ganze Zwischenfall beigelegt.

Liesching Reichsfinanzminister?

Noch keine Entscheidung

In der Presse wird mitgeteilt, daß der Reichstanzler den Posten des Reichsfinanzministers dem württembergischen Finanz-minister Liesching angeboten. Liesching lehnte vorläufig ab, doch dauern die Verhandlungen noch fort. Das Reichsfinanz-ministerium wurde bis jetzt vom Reichskanzler Birth noch neben-her verwaltet.

Ausschneiden!

Druckfache

Zur die

Sauptexpedition der „Freiheit“

Berlin 62

Breite Straße 8-9

Butter. Schmalz billiger

durch
Reichelk's

Bon-System



Reichelk's
Gegen Rückgabe dieser
Bons erhalten Sie bei uns
Feinsles
Schweineschmalz
Feinste
Natur-Butter
bedeutend
billiger!
Achten Sie auf unsere
täglichen Ankündigungen!

**Das Wertpapier
Hausfrau
Wert: 1 Bon**
Bitte wenden!

Loreley Assmann Union Reichelt Ladewig

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Region der Winterplatz
Dienstag 7 1/2 Uhr: Die lange Jule
7 1/2 Uhr: Neues Volksbühnen
Spendenfest
7 1/2 Uhr: Lokalbahn
Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der fliegende
Holländer
7 1/2 Uhr: Torquato Tasso
Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Die Verurteilten
7 1/2 Uhr: Die Weber

Residenz-Theater
Paul Wegener, Irene Triebel
in Totentanz
Erionon-Theater
8 Uhr: Die Waise in
die große Leidenschaft
Kleines Theater
8 Uhr: Der Herr von
Der Dief (La veleur)
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die
Strohwitwe
Operette von Leo Blech
Waller-Theater
7 1/2 Uhr:
Nixchen
Rose-Theater
8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die rajone Helena

Casino-Theater
Erzelenz Mage
Sonntag 2 1/2 Uhr: Miniforrest
Apollotheater
8 Uhr: Internationales
Varieté-Programm
Auslands-Sensationen
Theater u. Kette
7 1/2 Uhr: Die
Elite-Sänger
- 10 Herren -
Vorv. 11-12, 2-4

7 THALIA-THEATER 7
Uhr
Freitag, den 2. September
PREMIERE
Eduard Lichtenstein a. G.
in
„Schäm' Dich - Lotte!“
Operette in 3 Akten von Okonkowski & Steinberg
Musik von Walter Bromme
Mitwirkende: Eise Müller, Dora Hrach, Asta Hiller,
Fritz Beckmann, Rolf Brunner, Max Tobien
Dirig.: Dr. Grayb / Tänze: E. Mangeldorff / Ausstattung: H. Baruch & Co.
Von 2.-30. September (außer Sonntags) Sondervergünstigung für die Abonnenten
Gültig für 1-6 Personen
Orchester-Fauteuil . . . 12 Mk.
Parkett-Fauteuil I . . . 10 Mk.
Parkett-Fauteuil II . . . 12 Mk.
Parkett 8 Mk.
(einschließlich Leuharkets-Steuer)
Originalkarten 8 Tage im voraus 10-1/2, 2 Uhr und ab 6 1/2 Uhr

Landparzellen
in Jexen, dicht am Ort
10 Hekt. u. 20 Hekt.
u. 25 Hekt. an, bei
Anzahlung verkauft
Reichelt, Berlin C. 14
Hohenschönhausen 24
Korn. 1002. 1-4. Ge
tagt jebergt im St
rast Schall, direkt an
St. Augustinerkirche

Homöopath
Inst. (1908). Erfolge
reiche giftfrei
ohne Einspritzung
(Sprechzeit 10-11
Sonnt. 10-11) KRIE
Georgenkirchplatz 24
an Alexanderpl. D
tagt und Sonntag
Hohenschönhausen 24
Oberstr. 41. Post
keine Sprechstunde
(Telephon) Ankn
u. Broschüre L
Porto.

1 Exemplar der zweiten täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
Illustrierten Unterhaltungsbeilage „Feste Welt“
zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbjährlich.
bei freier Zustellung ins Haus

Maße:
Cet:
Messure heimlich übersehen. Abwehr genau entziffern. am, am, C. K. Durchg.

Dieses Heftchen bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C. 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Zigaretten o. M.
zum 16. Uff. Verkauf, erst
rück. Gelegenheitsposten
Befen, Liegenschaft 2, 1

Reinlinn 35.00M.
Lötzinn bis 25 M.
kauft Schöffert
Dachinger Str. 17, u. Keller
Weihenburger Straße 11

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber
Platin, Gold, Silber
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 43
Altmetalle
siehe hohe Preise. Durchg.
Str. 1, Melanchthonstr. 22. 107
1. 6. 1. Keller.

Gasbeleuchtung
umsonst

Können Sie nicht verlangen, aber eine ganz enorme Ersparnis können Sie erzielen, wenn Sie unsere Patentkarbid-Lampe „Feuerhand“ benutzen. Ihre Gasrechnung beträgt dann pro Woche nur 2,90 Mk., denn wir haben trotz aller Preis-erhöhungen den Preis für Karbid von heute ab herabgesetzt und mit einem Kilo Karbid von heute ab herabgesetzt und Sie sich daher noch heute unsere Patentkarbid-Lampe „Feuerhand“ zu. Sie werden erstaunt sein, einen wie vollkommenen Ersatz Sie hierbei für die teure Gas finden. Beschäftigung und Vorführung ohne jeden Kautzwang! Alte unmoderne Lampen werden in Zahlung genommen!

Prima Karbid stets am Lager **3,90 M.**
jetzt per Kilo

Franz Borowicz
Metallwaren-Industrie
BERLIN SO 26, Waidemarstr. 27
vorn parterre
Geschäftszeit von 9-7
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
2 Minuten vom Görlitzer Bahnhof und Hermannplatz
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4675, 4676

Genossen! Werbt für unser Blatt!

Groß-Berlin

Wir demonstrieren

Wir sind abgestumpft gegen Demonstrationen. Allzuwiele haben wir mitgemacht, allzuoft sind Erregungen über uns hinweggerauscht. Und doch: jedesmal von neuem strafft sich unser Willen und unser Vertrauen, und immer wieder wächst aus uns allen die unzerstörbare Gewissheit unserer Zukunft. Das Volk steht auf! Mächtig sind die Massen auf der Straße, erfüllt von Disziplin und Tatkraft. Wie viele waren es; zweihunderttausend, dreihunderttausend, eine halbe Million? Wer will es genau sagen, und im Grunde ist es auch sehr überflüssig. Es war das Volk in eigener Person, der höchste Souverän, groß und majestätisch.

Es war das Volk selbst, das immer bereit ist, Schlachten gegen seine Unterdrücker zu schlagen. Dasselbe Volk, das an den Maschinen und Werkzeugen die Grundlage alles Lebens schafft; von dessen Tätigkeit die Existenz von uns allen abhängt, auch die Existenz jener Banditen, die es schmähen.

Es war das Volk, das im November die Kadaver der Bergangehenheit zertrümmerte; das den Kapp-Putsch brach wie die Sense den Halm.

Aber es war auch das Volk, das so gnädig und langmütig versäumte, mit dem elenden Gesindel seiner Todfeinde aufzuräumen; das, nachdem es sich einmal aufgebaut hatte, nur noch in den Zaum knirschte und die verderblichen Reiter oben sitzen ließ.

Ist es heute endgültig aufgewacht? Oder soll noch einmal aller Aufschwung nur die Größe eines Nachmittags sein und bald wieder unter den Klädern des Klassenkampfes vergehen?

Gaigen und Untergang haben wir den reaktionären Mördern angedroht. Ueber der schwarzen Unendlichkeit der Massen weht die rote Fahne des Sozialismus, und von allen Seiten brausen die Klänge unserer Lieder: Unser Kampf und unsere Siegesgewissheit!

Endlich marschierten wir alle gemeinsam. Der ganze Sozialismus soll es sein! Wir alle ohne Unterschied gegen die Banditen und gegen die Könige samt ihren Knechten!

War es nur der Aufschwung eines Tages oder wird es der rote Anfang einer Marschkolonne sein, die seinen Fuß breit mehr preisgibt und die deutsche Republik erobert für die Macht der Arbeiterklasse?

Neue Preissteigerungen in Aussicht

Der Magistrat hat sich heute erneut mit den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter und Hilfskräfte beschäftigt. Die Funktionäre der letzteren hatten bekanntlich das schon recht weitgehende Angebot des Magistrats — einen Stundenzuschlag von 50 Pf. zu gewähren — als zu niedrig, und zwar namentlich auch deshalb abgelehnt, weil der Magistrat gleichzeitig einen Abbau der übermäßig hohen Zuschläge der Arbeiter, vor allem für die Nacht- und Sonntagsarbeit, verlangte. Die letzteren sind derartig hoch, daß z. B. der Betrieb der Straßenbahn an Sonntagen trotz teilweiser Ueberfüllung der Wagen mit Unterbilanz arbeitet. Nachdem die Versuche des Magistrats, zu diesen neuen im kommenden Herbst von Reich und Staat einen Zuschlag zu erhalten, gescheitert waren, mußte der Magistrat bei seinem Beschluß von 50 Pf. Stundenlohn-Zuschlag beharren. Auch an dem Grundlohn der Einleitung des Abbaues der nicht berechtigten hohen Zuschläge machte festgehalten werden.

Mit dieser durch die allgemeine Teuerung bedingten erneuten Lohnsteigerung und mit der Erhöhung der Beamtengehälter werden der Gesamtbürger neue Lasten auferlegt, so daß sich eine Erhöhung der Tarife der städtischen Werke sowie der städtischen Steuern nicht umgehen läßt. Es müssen daher aus den städtischen Werken rund 60 Millionen und der Rest aus einer Erhöhung der Gemeindesteuern herausgeholt werden. Insbesondere bedingen die neuen Lohnforderungen eine Erhöhung des Gaspreises, der schon infolge der Erhöhung des Kohlenpreises an sich eine Erhöhung um 10 Pf. erfahren muß, um weitere 15 Pf. pro

Kubikmeter, so daß wir nunmehr auf einen Preis von 1,75 M. kommen werden. Entsprechend muß der Elektrizitätspreis je Kilowattstunde von 3 M. auf 3,50 M., der des Wassers von 0,90 auf 1 M. erhöht werden.

Desgleichen läßt sich eine weitere Erhöhung des Fahrpreises für die Straßenbahn, der zurzeit bekanntlich 1 M. beträgt, nicht umgehen. Da aber der Sonntags- und Nachtbetrieb der Straßenbahn infolge der während dieser Zeit geachteten erhöhten Lohnzuschläge unwirtschaftlich ist, so scheint es gerechtfertigt, diese Zuschläge auf die Fahrten zur Nachtzeit anzubürden. Demgemäß soll nunmehr für eine Straßenbahnfahrt in der Zeit nach 10 Uhr abends der Preis von 1,50 M. erhoben werden. Dies erschien uns so weniger bedenklich, als ein großer Teil der Fahrgäste in der genannten Zeit die Straßenbahn nicht aus beruflichen Gründen benutzten. Andererseits glaubte der Magistrat eine Erhöhung des Fahrpreises an Sonntagen nicht verantworten zu können, um eine großen Teil der Bevölkerung, namentlich der ärmeren, nicht die Möglichkeit einer Erholung am Sonntage zu nehmen.

Der Magistrat glaubt durch diese Vorschläge, die demnächst die Stadtverordnetenversammlung beschließen werden, einen Ausgleich für die an sich nicht vorhandene Deckung erreichen zu können, hofft aber andererseits, daß die Arbeitnehmer sich mit den ihnen gemachten Zugeständnissen, über die morgen erneut mit den Funktionären verhandelt werden soll, zufriedengeben werden. Wir werden auf die Pläne des Magistrats noch ausführlich zurückkommen.

Die Schließung der Spielplätze

Der Ausschuss für Leibesübungen beim städtischen Jugendamt nahm in seiner Sitzung am Montag, den 15. v. M., Stellung zu der vom Magistrat verfügten vorzeitigen Schließung der Spielplätze und den in der Presse verbreiteten Darstellungen. In einer dreistündigen eingehenden Beratung aller Einzelheiten kam allerseits zum Ausdruck, daß die unter dem Druck der finanziellen Not vom Magistrat getroffenen Maßnahmen aus das tiefste zu bedauern ist. Es wurde jedoch festgestellt, daß keine von den Anschuldigungen, die in den Zeitungen erhoben worden sind, die Tatsachen richtig darstellt. Die gemachten Aufwendungen waren ohne Ausnahme notwendig und nach eingehenden Beratungen durch die zuständigen Stellen ordnungsmäßig beschloffen worden. Die Aufbringung der Kosten für die Freizeitspiele sollte überhaupt nicht aus städtischen Mitteln, sondern durch die Einnahme aus den Vorstellungen gedeckt werden. Das Nachtlager in der Wuhlsfelde ist nach übereinstimmendem Urteil aller Teilnehmer zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Die Kosten wurden von privater Seite bestritten.

Verbot der privaten Stellenvermittlung

Kürzlich ging durch die Presse die Behauptung, der Reichsarbeitsminister habe durch einen vertraulichen Runderlaß angeordnet, daß die Konzeptionen der verbotenen gewerblichen Stellenvermittlungsbetriebe wieder Gültigkeit haben sollen. Ein solcher oberamtlicher geheimer Runderlaß ist vom Reichsarbeitsminister nicht ausgegangen. Er würde auch den Absichten und Anschauungen des Reichsarbeitsministeriums widersprechen. Im übrigen ist in dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes, der bereits dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorliegt, die Aufhebung der privaten Stellenvermittlung dem Grundsatze nach vorgesehen.

Die Lehrer gegen Potsdamer Geist

Zwischen der Potsdamer Regierung und der städtischen Schulverwaltung Berlin ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Potsdamer Regierung, die der Schulen der Außenbezirke aus verwaltungstechnischen Gründen vorläufig noch untersteht, hat die Erörterung der Frage der kollegialen Schulleitung unterlagert, unter Hinweis auf die große Beunruhigung, die durch die Behandlung dieser Frage in die Schulen hineingetragen würde. Auch bezweifelt sie, zu Unrecht, die Zuständigkeit der zentralen Schuldeputation Berlin. Nachdem diese, wie auch die städtische Schuldeputation der Bezirke 1-6 sich grundsätzlich für die Durchführung des Versuchs der kollegialen Schulleitung ausgesprochen haben, hat sich nun auch die Berliner Lehrerkammer hinter die städtische Schulverwaltung gestellt. In einer Eingabe fordert sie das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung auf, die Potsdamer Regierung zu veranlassen, ihr Verbot zurückzuziehen, weil sie in ihm eine Kränkung und eine Zurücksetzung der Lehrer der Außenbezirke erblickt. Die Einseitigkeit des Berliner Schulwells dürfte durch äußere Eingriffe nicht gefördert werden.

Das Vergehen der Berliner Lehrerkammer wird von allen freigeistlich Denkenden unterstützt werden. Die Arbeiterschaft insbesondere verlangt von dem Minister, daß er nun auch einmal Ernst macht mit der Befreiung der Schulreaktionäre. Nach allen

in letzter Zeit bekannt gewordenen Maßnahmen scheint bei der Potsdamer Schulbehörde nach echter, unverfälschter Potsdamer Geist zu herrschen. Bei der bevorstehenden Grobreinigung wird hoffentlich auch an dieser Stelle der „elernen Befeh“ angelegt.

Woher die hohen Steuern kommen

Eine aufsehenerregende Affäre, welche zeigt, wie der Staat beztrogen wird und welche Ursachen zum Teil die heutigen hohen Steuern haben, beschäftigt z. Z. die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I. Es handelt sich um umfangreiche Durchstechereien und Schiebungen bei der Reichsfeldzeugmeisterei. Diese hatte in der Munitionsfabrik von Vinkert u. Kühnlein in Erfurt Artilleriezylinder zerlegen lassen. Es wird nun behauptet, daß den Beamten, die zur Prüfung der Zylinder lagen der Festlegung der Preise nach Erfurt kamen und die Fabrik besuchten, falsche Buchungen über die Unkosten der Zerlegung vorgelegt worden sind. In die Sache ist u. a. ein Offizier, den die Feldzeugmeisterei zur Kontrolle in die Fabrik hineingeschickt hatte, verwickelt. Ihm wird zur Last gelegt, daß er sich hohe Summen dafür habe zahlen lassen, daß er die Unregelmäßigkeiten unterstände oder zum mindesten nicht zur Anzeige brachte. Der Gesamtschaden, der dem Reich durch diese Schiebung entstanden ist, soll sich auf weit über zwei Millionen Mark belaufen. In dieser Angelegenheit soll ferner ein Buchhalterin Holland aus Erfurt auf Betanlassung des Inhabers der Firma die Kostenrechnung fälschlicherweise bedeutend erhöht haben. Die Angelegenheit spielt auch nach Berlin herüber. Hier haben in den letzten Wochen Verhaftungen einer Reihe angelegener Persönlichkeiten stattgefunden. Diese sind zwar auf Antrag der Rechtsanwälte Dr. Alberg, Justizrat Dr. Loewenstein, Dr. Klare und Bent gegen Stellung hoher Kauttionen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die noch in Haft befindlichen Personen werden in den nächsten Tagen nach Erfurt transportiert werden, wo der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Wiehahn, in ihrer Gegenwart umfangreiche Vernehmungen vornehmen will.

Millionendiebstahl in einem Berliner Hotel

Ein dreier Hoteldiebstahl, der dem Dieb, obwohl er bei seiner „Arbeit“ gefehlt und gezwungen wurde, den größten Teil der Beute zurückzulassen, zuweilen im Werte von über einer Million Mark einbrachte, wurde in einem Hotel in der Nähe des Gendarmenmarktes verübt. Dort war der Vertreter einer auswärtigen Juwelenhandlung abgestiegen und hatte ein Zimmer im dritten Stock bezogen. In einer Handtasche führte er Juwelen aller Art im Werte von mehreren Millionen bei sich. Um zu verhindern, daß ein Dieb die Zimmertür mit einem Nachschlüssel öffnen könnte, hatte er in das Schlüsselloch ein besonderes kleines Schloß eingeschoben, so daß die Tür nur mit einem eigens hierzu konstruierten Schlüssel zu öffnen war.

Ein anderer Hotelgast, der dies beobachtete und daraus schloß, daß der Kaufmann große Werte mit sich führen müsse, ließ sich, als das Nachbarzimmer frei wurde, dieses geben und zog nur vom vierten Stock, wo er bis dahin gewohnt hatte, nach dem dritten hinunter. Als nun der Vertreter der Juwelenhandlung um 8 Uhr abends das Hotel verlassen hatte, um Abendbrot zu essen, machte sich der Nachbar an die „Arbeit“. Er rückte zunächst den Schrank, der vor der Verbindungstür in seinem Zimmer stand, etwas beiseite und erbrach diese mit einem Stemmelstein. Dann schob er auch den Schrank im Zimmer des Betreters ein wenig vor, und so war er bald in dem Nachbarzimmer. Dort schritt er die Handtasche auf und nahm daraus eine große Anzahl Schmuckgegenstände aller Art, die er zunächst auf den Tisch in seinem Zimmer legte.

Als er bald darauf das Zimmermädchen in einem Nebenzimmer hantieren hörte, fürchtete er, entdeckt zu werden. Er steckte deshalb schnell eine Anzahl Ringe und goldene Handtaschen ein, ließ jedoch die in seinem Zimmer ausgebreiteten liegen und verließ eilig das Hotel. Bei seiner Heimkehr um 10 Uhr entdeckte der Vertreter der Juwelenhandlung den großen Diebstahl.

Auf die Wiederbeschaffung wird eine hohe Belohnung ausgesetzt. Zweifelhafte Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden sind an die Dienststelle des Kriminalkommissars Gennat im Zimmer 106 des Berliner Polizeipräsidium zu richten. Von dem Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Keine Sedanfeiern in den Schulen

Das Provinzialschulkollegium hat unter dem 30. August 1921 eine Verfügung erlassen, wonach am 1. und 2. September jede Schulfeier zu unterbleiben hat und regelmäßiger Unterricht durchzuführen ist. Schul- und Klassenausflüge dürfen an diesen Tagen nicht unternommen werden.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

Thomanns blieben in diesem Jahre, da viel häusliche Veränderungen und Neuerungen in der Fabrik geplant waren, die die Anwesenheit des Herrn nötig machten, zum erstenmal den ganzen Winter in ihrem schönen Landhaus, und Frau Thomann hatte alle Anstrengungen gemacht, sich auch da draußen in der Einsamkeit ihren Kreis zu erhalten. Es ging natürlich viel schlechter als in der Stadt; es schien mit zu vielen Schwierigkeiten für die verknüpfte, die keinen Wagen besaßen, so waren es nur wenige, die sich zu dem Jour einfanden, und Frau Thomann war bestrebt, „neue Gäste“ zu bekommen. Diesem Umstande hatte Helene die Einladung zu danken.

Schwerfällig öffneten sich die dunklen Türen mit den walen Riffingriffen, die Helene in das Allerheiligste des Thomannschen Hauses einlassen sollten. Helene hatte nicht gedacht, daß dies „altmodische“ Haus so vornehm wirken würde. Sehr hell, weiß und weitläufig war das Bestibül, von ein paar einfachen schlanken Säulen getragen, voll grüner hoher Pflanzen. Im Hintergrund führte eine breite dunkel gebohnte Treppe mit grünem Läufer nach dem oberen Stockwerk. Schmale Spiegel mit grün-goldenen Giebelsternen oben, kleine Wandtischen davor in poliertem hellerem Holz mit Schwarz eingelegt, übereinstimmend mit den Rahmen, „ganz altmodisch, aber ganz altmodisch“, dachte Helene, und wunderte sich darüber, daß sie es dennoch vornehm fand. Das ganze Bestibül hatte getreu den Stil seiner Entstehung bewahrt; so wünschte es der alte Thomann, so liebten es Kolf und Eugenie, sehr zu Mama Thomanns Leidwesen, die für Kokoto und Renaissance schwärmte.

Der Mosaikboden war peinlich rein und glänzte wie ein Spiegel, dafür sorgte Eugenie, das war ihr Stolz. Um sie mußte alles rein und klar sein. Mama Thomann war viel zu großartig angelegt, um Dingen wie Reinheit und Ordnung irgendwelchen Wert beizulegen.

Das öffnende Mädchen ersah Helene nicht so adrett, wie sie erwartet hatte, es war zudem mürrisch. Kein Wunder! Man hatte Arbeit an diesen Tagen und bekam nicht die Spur eines Trinkgeldes! Ueberdies sah es Helene an, als wollte es sagen: „Was tust denn du da? Du warst noch nie bei unseren Nachmittagen! Ich kenne dich aber schon, du bist eine vom Felsenbrunner Hof.“

Helene hatte ein unbehagliches Gefühl und trat schnell von ihr weg an einen Spiegel, um ihr Haar dort zu ordnen.

Schon lief Misa, ohne daß Helene es hörte, auf den dicken Läufern herunter und umfing sie von rückwärts.

Helene stieß einen kleinen Schreckhaften Schrei aus, wurde Maß, danach aber dunkelrot.

„Erschreckst du immer so leicht?“ scherzte Misa. „Was hast du denn? Du bist ja so aufgeregter und sonderbar — — erschrick mir nur nicht vor den Auserselernen da drin! Ich glaube, sie lesen gerade was. Wir müssen sehr leise sein! Komm!“

Ganz sachte traten beide herein, Helene nickte Eugenie zu und tauschte einen Blick mit Kolf. Die Dame des Hauses zu begrüßen, war unmöglich. Sie sah in einer Art Schaukelstuhl, der in seiner Drapierung fast wie ein Thronstuhl wirkte, unter einem Baldachin aus türkischen Seiden gemacht („der Großmutter ihrer ist auch dabei“, betonte sie stets mit Stolz), umgeben von hohen künstlichen Palmen.

Ein junger dunkler Mensch mit etwas nach Pomade aussehenden langen schwarzen Haaren, angetan mit einem schlottigen grauen Sommeranzug, las mit ausgesprochenen Gaumenlasten etwas vor.

Was es war, verstand Helene vorerst noch nicht. Es erweckte auch ihr Interesse nicht. Sie hatte vorderhand damit zu tun, die Einrichtung des Zimmers und die Menschen anzusehen.

Es war bekannt, daß der alte Thomann in einigen seiner Privatzimmer noch wunderbare alte Empire- und Biedermeiermöbel hatte, außerdem seltene alte Kupferstiche, Bücher, sowie eine große Sammlung alter Porzellans, darunter wertvolle Frankenthaler und Wiener Stücke.

In diesem Zimmer war alles neu. Seine Frau verachtete des Alten Geschmack, den auch die meisten ihrer Bekannten nur als Marotte betrachteten. Frau Thomann puhte ihre Zimmer phantastisch auf, es war ein Gemisch von allen möglichen Stilen. „Italienischer Salat“ nannte es Kolf, und die Palmenecke mit dem Baldachin hatte er „Tropenwinkel“ getauft.

„Kei Palme brauch ich nit zu gieße, sie sehen prachtvoll aus und hamwen nie weiße Blätter und wer'n bewundert.“

Die Wände waren mit einer schweren Lebertapete verkleidet, den Boden bedeckte ein indischer Teppich in den grellsten Farben; sie wiederholten sich im Sofa und im Schaff der Hellebarden, die den Baldachin trugen. Eine Seite nahm ein kleiner Damensreibtisch ein, echte Fabrikware, bedeckt mit unzähligen Nippfächern und Photographien. Auf Tischen und Leinwand niederen Schränken war lunter Land-

verteilt, wertlose Vasenfachen, gemachte Blumen, Humpen, Spiegel und Vasen. Außerdem hatte das Zimmer eine Anzahl von Stühlen der verschiedensten Herkunft, vom anspruchlosen Rohrstuhl an bis zum mächtigen Renaissancestuhl.

„Siehst du, jeder bei mir individuell“, sprach Mama Thomann.

Eugenie flüchtete gewöhnlich vor dem Gewirr der Stühle, Schrankchen und Nippfächern in den Tropenwinkel, von ihr die Dase genannt, denn dort stand nur der Thronstuhl und hingen aufgespannte rote chinesische Schirme. Da sie aber an der Dede prangten, taten sie nicht weiter weh, wenn man nicht hinauf sah.

Mama Thomann aber schaute gerade sehr intensiv danach. Sie war allein in der Dase. Vor der Dase, an die Mauer gelehnt, las der Jüngling. Außerdem waren noch ein paar bedrillte Individuen da, bei deren Anblick man schwanken konnte, ob sie Apotheker, Lehrer, etwas literarisch angehauchte Handlungsbesessene oder unbeholfene Studenten und werdende Literaten seien. Helene wollte deshalb Misa leise fragen, doch die legte warnend den Finger auf dem Mund:

„Oh! die Mama kriegt ihren ärgsten Zorn, wenn man die Würde nicht wahr!“

Und Helensens Augen wanderten weiter. Mächtig erschraf sie ein klein wenig. Welche Ueberraschung! Der Kandidat war da! Wie komisch, daß es ihr nun auf einmal heimlich war unter den fremden, stummen und feierlichen Leuten!

Kolf und Eugenie erschienen ihr völlig fremd, sie standen da mit Gesichtern wie Masken, mit herabgezogenen Mundwinkeln und gekniffenen Augen. Helene versuchte ein paar mal, dem Kandidaten zuzuwinkeln, aber entweder sah er zu Boden oder über sie hinweg.

Vor ihm, in einer Reihe, saß wie in der Schule, saßen ein paar sehr junge und ein paar sehr alte Mädchen, die jungen mit hängender Unterlippe, die älteren mit verzückt geneigtem Kopf nach dem Jüngling schauend.

Der junge Mann schien ein „star“ zu sein, benahm sich auch ganz wie ein „star“. Er warf die langen Haare in schöner Attitüde zurück; er strich sie wieder mit der schmalen, etwas knochigen, langen Hand, und sah von Zeit zu Zeit nach den zehn Mädchenaugen, die Blicke förmlich im Bogen auffangend. Schwupps, hatte er sie, wie man einen Schmetterling im Netz fängt, und dann ging's wieder in Begeisterung und dumpfschallend wie im Keller weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Verwendung von Versicherungsbeiträgen!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns folgendes geschrieben:

In letzter Zeit haben wir wiederholt feststellen müssen, daß Angestellte von Berufsgenossenschaften, welche kurz vor ihrer lebenslänglichen Anstellung stehen, gekündigt wurden und daß zur Begründung der Kündigung alle möglichen Gründe herbeigezogen worden sind, welche dann nur dem Schlichtungsausschuß niemals als durchgreifend erachtet werden konnten. Die Folge davon war, daß die Kündigungen aufgehoben wurden und die Berufsgenossenschaften zur Zahlung von Entschädigungen für den Fall der Nichtwiedereinstellung verurteilt worden sind. In einem Falle hatte die Steinbruchsberufsgenossenschaft einen Kollegen, der 8 1/2 Jahre bei der Genossenschaft tätig war, wieder einzustellen, der Vorstand der vorerwähnten B. G. machte aber von seinem Recht aus § 87 B. G. Gebrauch und zahlte dem Geförderten lieber die Summe von 8745 Mark und verzichtete damit auf seine weiteren Dienste. — Ein besonders krasser Fall hat sich in letzter Zeit bei der Privatfahrzeug- und Reittier-Berufsgenossenschaft in der Kleinen Behrenstraße abgepielt. Einem Betriebsratsmitglied, der ebenfalls kurz vor seiner lebenslänglichen Anstellung stand, wurde gekündigt mit der Behauptung, daß er seinen Posten nicht ausfüllen könne. Auch in diesem Falle wäre es nicht zur Bestätigung der Kündigung durch den Schlichtungsausschuß gekommen, da die vorgebrachten Gründe zur Kündigung nicht ausreichten. Auf Anraten des Schlichtungsausschusses wurde in diesem Falle, da eine Abfindung des Betriebsratsmitgliedes ja nicht möglich war, ein Vergleich geschlossen, nach welchem der Angestellte seine Tätigkeit bei der B. G. sofort aufgibt und ihm zur Abfindung seiner Ansprüche sofort 10 075 M. ausbezahlt werden, und er ferner an allen Zulagen und Nachzahlungen, die bis zum 30. Juni 1922 wirksam werden, teilnimmt.

Man sieht also hieraus, daß es sich die Berufsgenossenschaftsvorstände etwas kosten lassen, um einen mißliebigen Angestellten aus dem Betrieb zu entfernen, wenn es dabei auch einige tausend Mark kostet, die ja nicht aus ihrer Tasche, sondern aus der Tasche der Arbeitgeber kommen und doch eigentlich nur für die Unfallschäden bestimmt sind. Es wird höchste Zeit, daß endlich das Selbstverwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften so ausgeübt wird, daß auch die Arbeitnehmer in den Vorständen Sitz und Stimme haben. Dann glauben wir, werden in Zukunft derartige Fälle, die sicherlich nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, vermieden werden. Hoffentlich beschließt sich das Reichsversicherungsamt einmal etwas eingehender mit diesen Vorgängen.

Zur Lohn- und Gehaltsvereinbarung mit der Regierung

Mit der durch die Weigerung der Regierung, über ihr letztes Angebot hinauszugehen, geschaffenen Lage beschäftigte sich am 30. August eine Konferenz des Transportarbeiter-Verbandes, die nach eingehender Aussprache folgende Entschließung mit allen Stimmen annahm:

Die am 30. August 1921 tagende gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und der Abteilungsleitungen der dem Deutschen Verkehrs- und angelegenen Gruppen des Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetzpersonals, der Straßen- und Kleinbahn-, sowie des Binnenschiffahrts- und Wasserbaupersonals nimmt zu dem Verhandlungsergebnis mit der Reichsregierung über die zu gewöhnlichen Teuerungszulagen Kenntnis.

Die Konferenz erkennt an, daß seitens der Regierung in einigen Punkten beachtenswerte Zugeständnisse gemacht worden sind. Sie stellt jedoch andererseits fest, daß in einigen ganz besonders wichtigen und grundsätzlichen Fragen die von der Regierung gemachten Zugeständnisse den berechtigten Anforderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht genügen können. Vor allen Dingen bedauert die Konferenz die Ablehnung der Forderungen auf Gewährung einer gleich hohen Zulage für alle Gehaltsempfänger und der auf Beseitigung der Differenzierung des Teuerungszuschlages in den Orisklassen seitens der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer gemachten Vorschläge, ferner die Ablehnung der Ausdehnung der Erhöhung der Kinderzulagen auf die Lohnempfänger und die Beschränkung der Lohnerhöhung von 1 M. pro Stunde auf die über 21 Jahre alten Lohnempfänger.

Die Konferenz kann deshalb das Gesamtergebnis der Verhandlungen als ein allgemein befriedigendes nicht erachten, sondern betrachtet die gemachten Zugeständnisse nur als einen Schritt auf dem Wege zu der dringenden notwendigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn sie trotzdem im gegenwärtigen Augenblick von der sofortigen Erfüllung ihrer weitergehenden berechtigten Forderungen absieht, so deshalb, um die Gehalts- und Lohnempfänger auf dem schnellsten Wege in den Genuß erhöhter Bezüge zu setzen.

Ohne auf die weitergehenden grundsätzlichen Forderungen und den von der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft erstrebten sozialen Ausgleich zu verzichten, erklärt sich die Konferenz zur Annahme der von der Verhandlungskommission mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen bereit.

Die Konferenz erwartet ferner, daß die Verhandlungen über Festsetzung der Teuerungszuschläge für die Frauen und die männlichen Personen unter 21 Jahren schnellstens eingeleitet und durchgeführt werden.

Mit derselben Angelegenheit befahte sich der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, der mit 54

gegen 18 Stimmen eine Resolution annahm, die inhaltlich mit der obigen übereinstimmt.

Zum Schluß gibt der erweiterte Vorstand der Erwartung Ausdruck, daß die Nachverhandlungen für die weiblichen und jugendlichen Personen unter 21 Jahren sowie für die Lehrlinge auf dem schnellsten Wege ihre Erledigung finden und von sozialem Geist getragen werden und daß die Auszahlung auch für diese Gruppe sofort erfolgt.

Bekämpfer der Frauenarbeit

Der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten ist beunruhigt mit dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband im G. L. A. zusammengeschlossen. Er behauptet von sich, die Interessen der weiblichen Angestellten wahrzunehmen. Wie sieht nun diese Interessentvertretung aus? Gelegentlich der Wahlen zum Berliner Kaufmannsgericht hat der B. w. A. in Gemeinschaft mit dem D. H. A. und dem D. B. R. Propaganda für die sogenannte „Wartarbeitsliste“ des D. H. A. gemacht. Er ging darin sogar so weit, daß er besondere Stimmzettelpereferenzen aus den Reihen seiner Mitglieder stellte, die diesen die Stimmzettel für die „Wartarbeitsliste“ empfahlen. Das geschah, obwohl während des Wahlkampfes der D. H. A. ein Flugblatt herausgab, in dem er zum Ausdruck brachte, daß er nur auf die Wahrnehmung der Interessen der männlichen Angestellten eingestellt sei und für die Einschränkung der Frauenarbeit eintrete. Durch die Empfehlung der „Wartarbeitsliste“ des D. H. A. hat demnach der B. w. A. sich gleichfalls zum Bekämpfer der Forderung nach Einschränkung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe gemacht. Weibliche Angestellte, beachtet diese Tatsache und veranlaßt alle Kolleginnen, dem Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten den Rücken zu kehren und einzutreten in den Zentralverband der Angestellten, der einzigen Organisation, die für die Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten eintritt.

Sammelausweis der „Rußland- und Georgienhilfe“

Bei der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend gingen folgende Beiträge ein:

- Henne Grau 20 M. Frau Grabowski 20 M. Kollegenschaft der Groß-Berliner Straßenbahn, Dienststelle 20/21 (Treptow) 1371,50 Mark. Parteilos Elise 15 M. Stadt Tischlerei Neukölln 482 M. Björn Hallström 5 M. Verband der Schuhmacher à Konto auf Listen 5000 M. Verband der Bauarbeiter à Konto auf Listen 10 000 M. Alfred Gottwald 40 M. Sparschein „Glückauf“, Brangelstr. 54, 200 M. Frau Haller, Großenbain i. S. 10 M. Verband der Textilarbeiter à Konto auf Listen 4500 M. Karl Gutsch 20 M. Verband der Sattler und Tapezierer à Konto auf Listen 2658,95 M. Deutscher Eisenbahner-Verband à Konto auf Listen 5000 M. A. Beljmann 5 M. Arbeiter der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft, Bezirk Moritzplatz, 375 M. Verband der Bauarbeiter à Konto auf Listen 10 000 M. Verband der Schuhmacher à Konto auf Listen 5000 M. Frau Herrfurth 10 M. U. A. Bernau Liste 1781, 219 M. Liste 1783, 130 M. Liste 1784, 131 M. Vom deutsch-sozialdemokratischen Verein Bergen i. Norwegen 150 Kronen (1738,75 M.). Verband der Transportarbeiter à Konto auf Listen 2500 M. Dr. Curt Boenheim 500 M. Verband der Glaser à Konto auf Listen 1000 M. Verband der Sattler und Tapezierer auf Listen 2844,20 M. Verband der Textilarbeiter à Konto auf Listen 2500 M. Verband der Transportarbeiter à Konto auf Listen 4800 M. D. Schuster 100 M. Verband der Maler auf Listen 3108 M. Verband der Sattler und Tapezierer auf Listen 2217,50 M. Gelangereine „Kreuzberger Harmonie“ 225 M. Chormeister Schwarz desebenen Vereins 75 M. Bureau-Liste der Freigewerksch. Betr.-Käte Zentr. 145 M. In Summa 75 965,90 M.

Die Sammellisten Nr. 1559, 1560, 5674 sind verloren gegangen; wir bitten diese anzuhalten und im Bureau der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, Engelauer 24/25, abzuliefern.

Ordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter

Am 30. August fand im Gewerkschaftshaus die ordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter statt. Freigang gab den Geschäftsberichten für das 2. Quartal. Die Wirtschaftslage hat sich noch verschärft. Der Durchschnitt der Zahl der Arbeitslosen betrug 5267 gegen 5033 im 1. Quartal. Ende Mai erreichte sie mit 5082 ihren höchsten Stand. Die höchste Unterstützung wurde mit 19 884 Mark Mitte April gezahlt. 7 Streiks wurden aus dem 1. Quartal beendet und 5 neue mit Erfolg geführt, darunter der Abwechsellager der Stodarbeiter. Die Unionsmitglieder hatten die Einführung der Alford- und Heimarbeit verlangt, doch konnte ein voller Erfolg erzielt werden. Die Firma Krause, Wilhelmstraße, hatte die Hilfe des Gerichts in Anspruch genommen und verlangte eine Verjüngung, die das Streikpolizeitehen bei 2 Wochen Haft und mit 1000 Mark Geldstrafe für jedes Vorstandsmitglied des Holzarbeiterverbandes in jedem Fall verbieten sollte. Außerdem klagte die Firma auf Schadenersatz von 8510 Mark wöchentlich. Kritisch ist sie in allen Punkten abgeurteilt worden. (Wir haben seinerzeit über diesen Fall ausführlich berichtet.) Die vielen Einzeldifferenzen sowie die sich täglich ändernde wirtschaftliche Lage bedingten zahlreiche Versammlungen und Sitzungen, doch muß der Besuch besser werden.

Der Kassenbericht ist in der Holzarbeiter-Zeitung veröffentlicht. In der Diskussion wird Aufklärung über die Arbeit des Vorstandes zwecks Wiederaufnahme des Kollegen Lieste verlangt. Freigang weist darauf hin, daß es technisch nicht möglich war, mit allen 1246 Verwaltungen des Reiches in Verbindung zu treten, um eine einheitliche Aktion in dieser Frage einzuleiten. Die Holzarbeiterzeitung hätte einen Aufruf nicht veröffentlicht und nach dem Ergebnis des Verbandstages wird ein derartiger Schritt wenig Anlaß finden. Nach längerer Diskussion, in der Wagenführer (R. B. D.) der Ortsverwaltung Mangel an gutem Willen in dieser Frage vorwirft, weist Genosse Boese darauf hin, daß es nur die technischen Schwierigkeiten waren, die die Ausführung des Antrages unmöglich machten, und betont

Genosse Freigang in seinem Schlußwort, daß die Ortsverwaltung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß niemand wegen seiner politischen Meinung ausgeschlossen werden darf. Als die Absicht bekannt wurde, den Kollegen Lieste auszuschließen, hat die Ortsverwaltung sofort protestiert und sich dagegen gewandt, daß den Ausgeschlossenen auf dem Verbandstage nicht das Recht der Verteidigung zugesprochen wurde. Eine Zusammenfassung der Opposition ist unmöglich, was schon Lieste selbst einsehen mußte, und der Redner erlucht um Ablehnung des Antrages Wagenführer. Mit 301 gegen 245 Stimmen beschließt die Versammlung demgemäß.

Boese gibt darauf den Bericht über die Tarif- und Lohnbewegung. Der beschlossene Lohnkampf hat mit gutem Erfolg eingeleitet. Schon in der ersten Streikwoche traten 9746 Kollegen aus 697 Betrieben in den Ausstand. In 256 Betrieben mit 1000 Arbeitern sind alle Forderungen restlos bewilligt. Die Verbände der Maschinen- und Heizer, Metallarbeiter und Maler haben in allen schwierigen Fällen ihre Sympathie zugesichert. Die Aussperrung, die die Unternehmer planten, ist glücklicherweise nicht eingetreten. Nur 55 Firmen sperren insgesamt 179 Kollegen aus. Die Sperrung hat sich als Schutzgarde des Kapitals erwiesen und begleitet Möbeltransporte und bewacht die Betriebe. Mit allen Mitteln ist zu verhindern, daß irgendwo Streikarbeit geleistet wird.

In einer lebhaften Debatte kommt es zu kühnen Unterbrechungen, als Henning (R. B. D.) die Sinn- die Schöpfungsfindung der S. P. D. nennt. Er fordert, den Kampf unverzüglich auf der ganzen Linie aufzunehmen. Kollege Boese weist nochmals darauf hin, daß der Kampf durch Solidarität bis zum letzten Ende zu führen ist, daß die Kampfbasis den Verhältnissen nach gesteigert werden muß und daß dieser Kampf nur der Auftakt sein kann.

Bei der Wahl eines Angestellten entspringt sich eine längere Debatte über die Aufgaben der Anstellungskommission. Es findet eine Stichwahl zwischen der Kollegin Thomas und Karl Schulz statt.

Generalversammlung

der Betriebsräte für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Am dem alleits geäußerten Wünsche der verschiedensten Betriebs- und Gruppenversammlungen Rechnung zu tragen, findet am Mittwoch, den 7. September 1921, abends 6 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Berlin SO. 16, Engelauer 15, die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin statt mit der Tagesordnung: 1. Steuerfragen und Teuerung. Referent: Kurt Heinig; Korreferent: Emil Barth. 2. Freie Aussprache. Wir bitten die Kollegen aller Betriebe und Gruppen, darauf zu achten und zu konstatieren, daß sämtliche Generalversammlungsdelegierten in der Generalversammlung erscheinen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A.: E. Barth.

Generalversammlung der graphischen Hilfsarbeiter. Eine am Freitag stattgehabene, gut besuchte Mitgliederversammlung des Graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes beschäftigte sich mit dem Aus-schluß des Kollegen Max Krummrei. Der vom Hauptvorstand eingeleitete Ausschluß stützt sich in seiner Begründung auf das verbandsschädigende Treiben des Kollegen Krummrei, bezugnehmend auf die Beschlüsse des A. D. G. B. des Bezirks der Organisation und des Hauptvorstandes. Eine Warnung an alle Mitglieder, veröffentlicht in der Verbandszeitung, daß Mitglieder, die an Kongressen usw. teilnehmen, die den Ausschluß in der Moskau-lauer Gewerkschaftsinternationale propagieren und vorbereiten, die Einheit der Gewerkschaft zerstören, war dem vorangegangenen hinzu kam, daß Krummrei selbst Mitglied des Beirates war und trotz dessen Beschlusses am Poligravophischen Kongress in Moskau teilgenommen hat. Krummrei polemisierte gegen den Ausschluß, der vorgenommen sei, ehe seine Teilnahme am Kongress erwiesen war. Er habe selbst am Kongress nicht teilgenommen, da er auf der Reise nach Moskau erkrankt sei. Er erfuhr die Kollegen, objektiv diesen Ausschluß zu beurteilen. Seine Auffassung geht dahin, man wolle ein dem Hauptvorstand unangenehmes Mitglied beseitigen und ein Exempel gegen alle kommunikativen Mitglieder statuieren. Im gleichen Sinne äußert sich der Kollege Eugen Kraas. Bei der weiteren Diskussion zeigte sich bedauerlicherweise die bekannte kommunikativen Regie. Der erste Redner, der den Ausschluß verteidigte, wurde fortwährend durch die „revolutionären Kämpfer“ unterbrochen. Erst dem Kollegen Marx gelang es, in sachlicher und ruhiger Weise die Versammlung auf ein höheres Niveau zu bringen. Eine vom Kollegen Müller eingebrachte Resolution wurde zugunsten eines Antrages Krummrei zurückgezogen, der besagt, daß der Hauptvorstand aufgelöst wird, den Ausschluß zu inhibieren und der Kollege Krummrei der Zahlstelle als Einzelmitglied zu führen ist. In der Diskussion äußerte sich der Kollege Moritz, wie wiederholt in letzter Zeit als Parteilofer — berufen, in heftigen Ausfällen gegen die U. S. P.-Genossen zu polemisieren. Wir nehmen diese Ausfälle nicht tragisch. Das von einer Vertrauenspersonen-Sitzung eingelegte und fast einstimmig angenommene Ortskriterium wurde ebenfalls sanktioniert, nur mit der Änderung des § 6, der in neuer Fassung vorsieht, daß Anträge auf Auswahl der Angestellten eine Woche vor der entsprechenden Versammlung bekanntgemacht werden müssen und zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Nach kurzen Mitteilungen über die seitens der Ortsverwaltung eingeleiteten Schritte über einen Ausgleich in der Wirtschaftsbeihilfe für die Monate August und September wurde die Versammlung geschlossen.

Elektrodosenführer! Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten, Hauptverfahre, tritt die achtsache Lage für Elektrodosenführer erst mit dem Tage der Veröffentlichung durch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam am 3. September in Kraft. Alle anderen Leuten der Gerichte sind unguitefend.

Zur Rußlandhilfe. Die Belegschaft der Profifabrik Witten, Rosenstraße 3, beschloß, daß jeder Kollege sich mit einem Betrag von 30 Mark an der Rußlandhilfe zu beteiligen habe.

Zur Einsegnung!

- Anzüge eigener Herstellung, aus guten, haltbaren Stoffen und Friedenszutaten verfertigt.
- Cheviot-Anzüge marone, ein- und zweif. 205.-
 - Cheviot-Anzüge blau, sehr haltbare Qual. ein- und zweif. 255.-
 - Cheviot-Anzüge dunkelblau geköpft, modern verarbeitet. 320.-
 - Melton-Anzüge blau, reines Woll, ganz gediegene Qualitäten. 400.-
 - Kammgarn-Anzüge aus blauer vorzüglicher Ware, nach neuesten Modellen verarbeitet. 440.-
 - Farbige Anzüge ein- und zweif., aus dunkelmoiré und braun gemusterten Cheviot. 205.-
 - Farbige Anzüge in verschied. geschmackvollen Farbentstellungen, modern verarbeitet. 280.-
 - Farbige Anzüge ein- u. zweif., in sehr guten Qual., nach neuesten Modellen verarbeitet. 380.-

Diese Preise sind für Brustweite 66/70 berechnet; jede weitere Größe kostet je nach Qualität 10 bis 20 Mark mehr, jede kleinere Größe ebenso viel weniger.

Hüte 32.50 / Krawatten / Serviteurs / Kragen / Hosenträger / Socken / sehr billig

BaerSohn
Der Versand nach außer, erfolgt in der Reihenfolge der eingebr. Aufträge.
nur Chausseestrasse 29/30

Besonders günstige Angebote für solide Schuhwaren!

- Herren-Stiefel in 1a Lederverarbeitung M. 165.-, 155.-, 149.-, 136.-, 126⁰⁰
- Sport-Stiefel aus braunem Rindleder, allerbeste Verarbeitung, für Herren M. 147.50, Damen M. 146.50, Knaben 96.99 . . . M. 127⁵⁰
- Damen-Stiefel in modernen Formen und bester Lederverarbeitung M. 169.50, 164.50, 145.-, 139.-, 133.-, 127⁵⁰
- Damen-Halbschuhe in echt R.-Chevr. mit Spange und sam. Schnüren. M. 108.50, 102.-, 96⁵⁰
- Jünglings-Stiefel in Rindbo- und R.-Chevr. in 1a Qualität 28,90 M. 142.-, 136.-, 127.50, 118⁰⁰
- Knaben- u. Mädchen-Stiefel sehr haltbares Fabrikat 84,35 M. 91.50, 81,33 M. 86.50, 29,30 M. 80.50, 27,38 M. 74⁵⁰
- Schwarze Sandalen aus Milchkleder. . . . 31,35 M. 33.-, 27,30 M. 27⁰⁰

Baer Sohn, Berlin
nur Chausseestrasse 29-30

Zusammenbruch und Revolution

Von Karl Kautsky.

Sehen Sie im Verlage der 'Freiheit', Berlin, eine neue Schrift von Karl Kautsky: 'Von der Demoralisierung zur Staatsflucht, eine Auseinandersetzung mit Trotski' (Preis 12 M., 128 Seiten) erschienen. In dieser Schrift erörtert Kautsky auch die wichtigsten des Sturzes des Kapitalismus und die Erregung der politischen Macht durch das Proletariat. Was er da über die inwärtigen bereits wiederholten Theorien der Kommunisten — siehe die Vorläufe der R. P. D. zu den Steuern und Staatsfinanzen in Nr. 379 der 'Koten Jahne' — über den Zusammenbruch des Kapitalismus sagt, ist von größter Bedeutung. Wir drucken deshalb nachfolgend die darauf bezügliche Stelle der Schrift mit Erlaubnis des Verlegers ab.

Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise ganz eigener Art. Er führt nicht, wie Feudalismus und Sklaverei, zum Verkümmern der Produktivkräfte, sondern zu ihrer fruchtigsten Entfaltung. Er muß also in ganz anderer Weise ein Ende nehmen als die alten Gesellschaften der Sklaverei und Feudalität.

Ich habe stets die Ansicht bekämpft — unter anderem in meiner Schrift gegen meinen Freund Bernstein 1899 —, daß der Sozialismus aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus hervorgehen werde. Ich erklärte damals diese Auffassung als eine Uebersetzung Marx'scher Gedankengänge zu Zwecken revisionistischer Kritik. Ich ahnte nicht, daß das, was ich als Bernsteinisches Mißverständnis Marx'scher Gedankengänge betrachtete, einmal einen hochwissenschaftlichen Glaubensartikel darstellen werde.

Ich hielt es für möglich, daß die Ausdehnung des Kapitalismus schließlich ein Hindernis insofern finden könne, daß der Markt sich nicht so rasch ausdehne wie die Produktivkräfte, was zu chronischer Ueberschneidung oder zu der Einengung der Produktion durch Kartelle führen könne. Ich bin seitdem in bezug auf die Ausdehnungsfähigkeit des Marktes durch Beobachtungen und theoretische Arbeiten optimistischer geworden. Aber auch damals erwartete ich das Kommen des Sozialismus nicht von der chronischen Ueberschneidung und schon gar nicht von einer der ihr vorhergehenden Krisen, die dem kapitalistischen Krisenzyklus eigenlich sind, sondern von der Verschärfung der Klassengegensätze und dem Wachsen des Proletariats an Kraft, also, um mit Marx zu sprechen, von der

„Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Kapital, I. Volksausgabe, S. 690).

Der Sklave und der Leibeigene vermochten sich unter Umständen auch zu empören, aber sie waren unfähig zu einem dauernden, organisierten Kampfe, der ihre Fähigkeiten höher entwickelt hätte. Und wäre es ihnen gelungen, einmal irgendwo die Macht zu gewinnen, hätten sie nichts anderes damit anzufangen gewußt, als sich selbst in freie bestehende Arbeiter zurückzuverwandeln, den Zustand wieder herzustellen, aus dem sie hervorgegangen waren. Sie zeigten sich unfähig, die Gesellschaft höher zu entwickeln.

Das vermag nur die Lohnarbeiterschaft, und nur sie findet in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit den Antrieb wie die Möglichkeit dazu.

Weil wir aber von der Kraft des Proletariats und nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus den Sozialismus erwarten haben, ist es ganz überflüssig, wenn heute viele revolutionäre glauben, wir hätten nichts Wichtigeres zu tun, als die nach dem Kriege beginnende Wiederbelebung des Produktionsprozesses zu fördern und die Krisis zu verschärfen, denn um den Sozialismus sei es geschehen, wenn der Kapitalismus sich wieder befestige.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nie ist das Proletariat ökonomisch schwächer, weniger kampffähig, als in Zeiten der Krisis. Nie macht es rascher Fortschritte und zeigt es sich entschlossener und kampflustiger, als in Zeiten der Prosperität. Und die ökonomische Situation wirkt auf die politische zurück.

Ich weiß mich zu erinnern, daß es einmal tiefen Eindruck auf mich machte, als Engels mir, ich glaube, es war 1888, sagte:

„So lange die Krisis dauert, werden wir das Sozialistengesetz schwerlich los. Laß aber erst wieder einmal die Geschäfte besser gehen, und der deutsche Arbeiter läßt sich das Sozialistengesetz nicht länger gefallen.“

Das überraschte mich, denn ich, wie wohl die meisten von uns, hatte erwartet, gerade das Ende der Krise müsse die Arbeiter am rebelllichsten machen. Aber Engels behielt recht.

Wir dürfen nie vergessen, daß, so wie die kapitalistische Produktionsweise nicht etwa eine besondere Abart des Feudalismus, sondern von diesem grundverschieden ist, so auch das Ende des Kapitalismus ganz anderer Art sein wird als das des Feudalismus.

Die bürgerlichen Revolutionen entspringen aus Hungerrevolten verzwweifelter Massen. Die revolutionäre Bedeutung der Lohnarbeiter für den Sozialismus besteht in ihrem Aufsteigen aus dem Stadium der Verzweiflung in das Stadium der Kraft. Nicht aus ihrer Verzweiflung, aus ihrer Kraft wird die Ueberwindung des Kapitalismus und der Fortschritt zum Sozialismus kommen. Diese Kraft ist bei gutem Fortgang der Produktion größer als bei ihrem Stoden und Verjagen.

Handels- und Gewerbebefragen

Hauptauschuß des preussischen Landtags

Im Hauptauschuß des Landtags gelangte am Dienstag der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung zur Beratung. Der Berichterstatter Dr. Pünterheil (D. Sp.) betonte, daß sich bei den vermehrten Ausgaben (+ 15 Mill. Mark) eine allgemeine Erhöhung der Gebühren im Bereich der Handels- und Gewerbeverwaltung notwendig machen dürfte. Der Berichterstatter tritt weiter für eine stärkere Wahrung der preussischen wirtschaftlichen Sonderinteressen ein, was in der Debatte von seinem Parteifreund Dr. Veidig unterstrichen wird. Dr. Veidig bricht eine Lanze für die bürgerlichen Rentner, die durch die fortschreitende Inflation zu Spekulationen verleitet würden.

Der Minister Hübner sah sich genötigt, neben der selbstverständlichen Wahrung berechtigter preussischer Sonderinteressen die Einheitlichkeit der deutschen Volkswirtschaft zu betonen. Der Minister verspricht, dafür Sorge zu tragen, daß kein Reparationsgewinnertum auskommt. In bezug auf die wilde Börsenspekulation verweist der Minister u. a. auch auf die Leichtgläubigkeit des Publikums im Fall der Wettkonzerne und erklärt es für notwendig, in Zukunft mit den Zulassungen zur Börse etwas vorsichtiger zu sein. Abg. Beckner (S. P. D.) kommt u. a. auf den unheilvollen Einfluß von Stinnes auf das Wirtschaftsleben zu sprechen und macht die gewaltige Steigerung der Getreidepreise mit in erster Linie für die neue Teuerungswelle verantwortlich. Diese Bemerkung Beckners wird von mehreren bürgerlichen Abgeordneten, besonders der Rechtsparteien, heftig bestritten. Nach ihrer Ansicht sind nur Sanktionen, Reparationslasten und Valuta die Ursachen der Teuerung, nicht aber auch die Profitgier der Agrarier und des Unternehmertums.

Eine Anfrage über die Tätigkeit der zwölf aus Arbeiterkreisen kommenden Angestellten bei den Gewerbe-Inspektionen wird vom Minister dahin beantwortet, daß sich diese — bis jetzt nur auf Privatdienstvertrag tätigen — Arbeitervertreter durchaus bewähren hätten, und der Minister erklärt, daß nach einer gewissen Bewährungsfrist der festen Anstellung dieser Arbeitervertreter im Beamtenverhältnis Hindernisse nicht im Wege stehen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abgg. Dr. Grund, Frau Dubewig, Wenzel, Effer u. a.

Genosse Christiane unterzieht die Bemerkung des Abg. Beckner über die preissteigernde Wirkung der Erhöhung der Getreidepreise auf alle übrigen Bedarfsartikel. Unser Genosse wendet sich entschieden gegen die Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit und auf Durchführung der Sonntagsruhe und weist dabei auf die Kollage der Arbeitslosen hin. Weiter unterzieht unser Redner die preissteigernde Wirkung der Unternehmerrakette einer scharfen Kritik und fordert den Ausbau der Preisprüfungsstellen. Genosse Christiane tritt ferner für die wirtschaftliche Schulung des Arbeiternachwuchses ein und für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bei der Gewerbeaufsicht, bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten usw. Unser Vertreter begründet folgenden Antrag:

Der Ausschuß wolle beschließen, dem Landtag folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. die gewerbliche Fortbildungspflicht obligatorisch für beide Geschlechter bis zum 18. Jahre durchzuführen;
2. weitere Mittel bereitzustellen, die die wirtschaftliche Schulung des Arbeiternachwuchses zu fördern geeignet sind (Wirtschaftsschulen, Betriebsrättschulen usw.);
3. für den Ausbau der Preisprüfungsstellen zu wirken;
4. der Preisbildung der Unternehmerrakette, die die Verhinderung des Preisabbaues für Waren zum Ziele haben, durch Erlass eines diese Mißstände beseitigenden Kartellgesetzes entgegenzuwirken;
5. die Errichtung von Verbraucherkammern in die Wege zu leiten;
6. für die Durchführung der Wählbarkeit der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, wie sie in der Novelle vom 3. März d. J. versprochen ist, baldigst Sorge zu tragen.

Am Mittwoch wurde im Hauptauschuß des Landtags die Debatte über den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Auf Antrag Stiering werden die Beratungen wegen der großen Demonstration der Arbeiterkraft um 2 Uhr abgebrochen. Die Aussprache trug vorwiegend einen polemischen Charakter, plätscherte aber trotz oder vielmehr wegen der politischen Hochspannung friedlich dahin. Nur der deutsch-nationale Lehrer und Mittelstandsterrorist Martell brachte einen robusteren Ton in die Debatte. Er ließ gegen den Achtstundentag Sturm mit der originellen Begründung, daß viele Arbeiter, weil sie „nur“ acht Stunden tätig sind, dem Handwerk eine „gefährliche“ Konkurrenz machten. Der Abg. Stiering weist Angriffe Veidigs auf den Berliner Schlichtungsausschuß zurück und wendet sich gegen die lästige Mittelstandsterrorerei. Im übrigen geht der Redner auf die Tätigkeit der Gewerbeinspektionen, auf Fragen der Preispolitik und die Ursachen der Teuerung ein.

Die Abg. Frau Hanna tritt für eine bessere Ausbildung der jugendlichen Arbeitskräfte mit Rücksicht auf den Mangel an Qualitätsarbeitern ein. Das Handwerk habe seine Aufgabe in der Lehrlingsausbildung nicht erfüllt. Immer noch werden die Lehrlinge nur als billiges Ausbeutungsmaterial betrachtet. Der Achtstundentag wird im Handwerk nicht eingehalten.

Neben den gewerblichen Fragen werden auch von verschiedenen Rednern Fragen der Schiffsahrt- und Kanalpolitik angeschnitten und Wünsche in bezug auf Ausbau von Hafenanlagen, Unterstützung von Navigationschulen und Förderung von Kanalbauten vorgebracht. Als ein ganz besonders rüh-

hriftlicher angeblicher Vertreter des Handwerks entpuppte sich der Abg. Bauer-Baldenburg.

Am Donnerstag dürfte die Aussprache über die Handels- und Gewerbeverwaltung zu Ende gehen.

Der neue Staatssekretär für die bayerischen Bahnen. Der Herr Reichspräsident hat an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs von Frauendorfer den Präsidenten der Eisenbahndirektion München von Frank zum Staatssekretär bei der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums ernannt.

Albert Thomas und die französische sozialistische Partei. Nach einem „Matin“-Telegramm hat der Kongreß des Sozialistenverbandes des Departements Tarn mit 24 von 27 Stimmen eine Tagesordnung angenommen. Thomas das Abgeordnetenmandat und sein Mandat als Sekretär des Internationalen Arbeitsbureaus zu befragen.

Ermordung dreier Kommunisten in Petersburg. In Petersburg sind, wie aus einem Rundruf der Petersburger „Travda“ hervorgeht, drei Kommunisten, die Mitglieder der Außerordentlichen Kommission (Tscheka) waren, dem Anschlag einer weißgardistischen Organisation zum Opfer gefallen.

Parteiveranstaltungen

Achtung! Parteifunktionäre der USPD!

Am Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, findet in den Sophien-Sälen, Berlin, Sophienstraße, eine Funktionärskonferenz statt.

Tagesordnung: Die politische Lage und die neuen Reichsteuern. Zutritt haben gegen entsprechende Legitimation alle Funktionäre des Bezirksverbandes der U. S. P. D.

U. S. P. Schöneberg-Friedenau. Die Jugendbewegung findet gemeinsam mit Gleichgültigen am 20. September im Gymnasium Friedenau, Friedenstraße, statt. Der Unterricht findet jeden Sonntag vormittag um 10 Uhr in demselben Gymnasium statt.

Berlin-Verwaltungsbezirk Wedding, 8. Bezirk. Die Mitglieder, die über zwei Monate arbeitslos und „Arbeitslos“ sind, müssen sich bis zum 10. September, nachm. von 4-5 Uhr, beim Genossen Schiller, Knaackstraße, 1 wegen Erneuerung des Monatsabonnements melden.

Donnerstag, 1. September

12. Verwaltungsbezirk Tempelhof, Marienborf, Lichtenrade, Marienfelde. Die Genossen treffen sich abends 7 Uhr in ihren Jahreshilfen. Reiner darf fehlen. 8. Bezirk, 2. Abteilung. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Vorsitz der Straße 4-48, Oberstraße, Vortrag: Die Entwicklung des Landbesitzes der Stadt Berlin.

10. Bezirk, 12. Abteilung. Abends 6 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 11. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 12. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 13. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 14. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 15. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 16. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen. 17. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr in der wichtigen Zusammenkunft bei Veit, Centralstr. 11. Alle Genossen müssen pünktlich und zahlreich erscheinen.

Freitag, 2. September

1. und 8. Bezirk. Kommunale Kommission und Altersbeiräte Abends 7 Uhr bei Veit, Centralstr. 11. Vortrag über die Geschäftsabrechnung bei den Schulkommissionen und der Verwaltungsausschüsse der Schulen. 2. Verwaltungsbezirk Wedding, 8. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Jugend-, Kinder- und Frauenkommissionen bei Kluge, Schillerstraße. Dazu die 18. Bezirk (Kreuzberg). Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderkommissionen findet umhändelbar nicht statt.

Sonnabend, 3. September

10. Bezirk Friedenau-Stadt. Abends 6 Uhr Konferenz aller im kommunalen Wahlkampf tätigen Genossen im Zimmer 25 des Hofparks. Die Mitglieder der Bezirksleitung müssen ebenfalls erscheinen. 11. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 8 Uhr im Volkshauses Abrechnung der Billets.

Sonntag, 4. September

Schöneberg-Friedenau. Im Spätnachmittag öffentliche Versammlung im Lokal von Schulz, Gen. Teutmerstraße über die Steuerpolitik. Genossen, die mit aus Land gehen wollen, treffen sich vorm. 8 1/2 Uhr am Bahnhof Dorfstraße bzw. 8 1/2 Uhr Väterstraße-Str.

Bereinstander

Donnerstag, 1. September

Preussischer Verkehrsarbeiter-Verband. Abends 6 1/2 Uhr Hauptversammlung im Wille's Café, Schönhaferstr. 39. Bericht des Vorstandes. Abends 8 Uhr in der Oberstraßen-Niederwallstraße Nr. 12 Vortrag über Jugendbewegung und Volksgewalt.

Freitag, 2. September

8. Verwaltungsbezirk Wedding, 8. Bezirk. 7 1/2 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in der 12. Kreuzstraße, Nicker Str. 67. Preussischer Verkehrsarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr im Vereinslokal Hofparksstraße, Berliner Straße 108, Versammlung. Abgeordnetenwahl und Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen.

Sonnabend, 3. September

Kreuzberg-Verband „Die Naturfreunde“. Alle Genossinnen und Genossen der Ortsgruppe Berlin treffen sich nachm. 14 Uhr im Schloßpark-Schloß zum Kinderfest des 3. Verwaltungsbezirks. 500 Heller werden getauscht.

Geschäftliches

Die Firma Otto Weidert bringt am heutigen Tage in ihren 166 Filialen (Berlin — Himmelpfort — Union — Reichel — Rahm) ein neues Verkaufsprogramm ein. Ein Bon-Solium in Anwendung, bei dem Hausfrauen den Einkauf von Butter und Schmalz wesentlich erleichtert. Die Filialen der Firma sind durch diese Neuauflage in die Lage versetzt, den Hausfrauen Butter und Schmalz bedeutend billiger als zu den üblichen Preisen zu verkaufen. Im übrigen verweisen wir auf das heutige Inserat der vereinigten Firmen.

Reklamemittel für Vollmilch und Vollkorn: Das Viehlich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Details und Gemeindefortschritt: U. G. Kober, Berlin; für den Unterhalt und die wirtschaftliche Entwicklung: U. G. Kober, Berlin; für den Unterhalt und die wirtschaftliche Entwicklung: U. G. Kober, Berlin. — Druck der Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin S. 2, Reite Straße 80.

EDUARD

Goldacker

Centrale

Brunnenstr. 17/30

25 Filialen

in allen Stadtteilen

WARUM
WEIL
WIR
verkauften

sind wir leistungsfähig?
wir wieder selber mahlen!

AUSZUG MEHL **4 50** M.
WEIZENMEHL **3 45** M.
ROGGENMEHL **2 85** M.
Margarine wie Butter **10, 12, 15** M.

STETS FRISCH
GEBR. KAFFEE
20, 22, 26 M.

VIC. ERBLEN 3 25 M.
REIS 4 20 bis 5 00 M.
SCHMALZ 14 M.

- Kartoffeln Pfund 55 Pl.
- Rhabarber Pfund 45 Pl.
- Rotkohl Pfund 75 Pl.
- Kohlrabi Mandel 80 Pl.
- Grüne Gurken Stück 2⁰⁰ an
- Zwiebeln Pfund 95 Pl.
- Tafelbirnen (Kohlröhre) Pfund 1²⁵
- Kochbirnen Pfund 75 Pl.
- Tafeläpfel (Alexander) Pfund 1⁹⁵
- Kochäpfel Pfund 95 Pl.

- ## Fleisch
- Querrippe Ochsenfleisch Pfund 6⁰⁰
 - Brust u. Fehlrippe Ochsenf. Pfund 7⁰⁰
 - Schmorfleisch Ochsenfleisch ohne Knochen, gefr. Pfd. 10⁰⁰
 - Ohren und Schnauzen Pfund 7⁰⁰
 - Büchlänge Pfund 4⁵⁰
 - Flundern Pfund 2⁸⁰
 - Rotbars Pfund 4⁵⁰
 - Seeaal Pfund 4²⁰
 - Kabliau (frisch, mittel) Pfund 95 Pl.
 - Rotwurst Pfund 11⁰⁰
 - Landleberwurst Pfund 11⁰⁰
 - Sülzwurst Pfund 13⁵⁰
 - Gr. Mettwurst Pfund 16⁵⁰
 - Mettwurst (nach Br. Art) Pfund 20⁰⁰
 - Gehacktes Rindfleisch Pfund 8⁰⁰
 - Kalbskamm frisch Pfund 10⁰⁰
 - Kalbskeulen frisch Pfund 12⁰⁰
 - Harzer Käse Pfund 8⁰⁰
 - Stangenkäse Pfund 8⁵⁰
 - Goudakäse Pfund 13⁰⁰
 - Tilsiter Käse Pfund 10⁰⁰
 - Camembert Stück 3²⁰

- Gabr. Kaffee Pfund 19⁰⁰
- Spezialmischung mit 25% Bohnenkaffee Pfund 7⁰⁰
- Roggenmehl Pfund 2⁹⁰
- Weizenmehl 70% Pfund 3⁷⁵
- Auszugmehl Pfund 4⁸⁰
- Haushaltpudding Paket 85 Pl.
- Junge Hühner Pfd. 13⁰⁰
- Suppenhühner Pfund 13⁵⁰
- Gänse Pfund 13⁵⁰
- Rebhühner Stück 12⁵⁰
- Gefr. Kaninchen Pfund 4⁰⁰

Ausgel. Rindertalg Pfund 9 ⁰⁰	Speisefett Pfund 12 ⁵⁰	Margarine Pfund 10 ⁵⁰	Rindfleisch im eigenen Saft Dose 5 ⁵⁰
1919. Bowlenwein 12 ⁰⁰	Himbeer- u. Kirschsaft 9 ⁰⁰	17 ⁵⁰	1919. Montagna 12 ⁰⁰

Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Berlins

Freitag, d. 2. September, abds. 6 Uhr, in der Bockbrauerei
Fibichstraße 2/3 (großer Saal)

Funktionärversammlung

Tagesordnung:

- Berichterstattung von den Verhandlungen zum Abschluss des 7. Lohnartikels.
- Freie Aussprache.

Zu der Versammlung sind eingeladen die Funktionäre der im Lohnkartell beteiligten Organisationen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises und der grünen Funktionärkarte

Das Lohnkartell:

Verband der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter / Deutscher Transportarbeiter-Verband / Verband der Feiger und Maschinisten / Deutscher Metallarbeiter-Verband / Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter / Zentralverband der Angestellten.

Nur diese Woche

Rauchtabak
Pfund 18 Mark

50 Stk. 20 Stk.
Schwarz, Braun 22 Stk.
Wortmark 23 Stk.
Gold 27 Stk.

Rund Große Hamburger Straße 1. l.

Anzüge von 400 an
Kreuzfische von 250 an

aus la Modestoffen elegant, Sitz, prima Reißhaarverarbeitung, selbst gefertigt. Sportpelzsaftelhaft billig.

Seltene Gelegenheit vor der Vertauung!
Kaufen Sie jetzt, derartige Angebote sind in Zukunft ausgeschlossen

Leihhaus, Brunnenstraße 5
Keine Lombardware - Fahrgeldvergütung

Lampions von 30 Stk. an, Stocklaternen mit Stock u. Licht, von 60 Stk. an

Feuerwerk! Nischenwahl, sehr billig
Bengalfeuor, Papierenbüxen von 10 Stk. an

Alle Artikel für Feste, Verlobungen

A. Mans & Co., Berlin F.
Markgrafenstraße 84
an der Lindenstraße, 8-6 Uhr. Sept. 1920

Stoffe

für Herren-Anzüge, Hüter, Paletots, Damen-Stoffe, etc.

Metz 80, 100, 150, 200, 300, 400 Mark

Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.

Koch & Seeland G. m. b. H.
Geogr. 1893, Gertraudenstr. 20-21, Geogr. 1893

Tüchtige Telefonistinnen

jedoch nur solche, die längere Zeit in selbstständigen Stellungen in großen kaufmännischen Betrieben tätig waren

sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Straße 1-2

In den nächsten Tagen erscheint ein neues Buch zur

Jugendweihe

Die Schwelle



Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend
Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf
Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Baischek

In geschmackvollem Einband 12.- Mark

Organisationen bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Billige Arbeiterkleidung

Unter Fabrikationspreis! Konkurrenzlos billige Preise!

Schnürschuhe, je nach Größe	90.- bis 100.-
Gummipoliermaschinen, denkbar beste Qualität, unzerstörlich	48.-
Lederwesten, je nach Größe	100.- bis 125.-
Feldgrau Hosen, je nach Größe	100.- bis 108.-
Strümpfe, gute Qualität	2.50
Schwere, wollgemischte Strümpfe	6.50
Reinwollene, amerik. Strümpfe	6.00
Unterhosen	von 5.00 an
Hemden	von 12.- an
Deutsche Uniformen (Hose und Jacke)	85.00
Monturanzüge, klein	85.00
Feldgrau Dreifachzüge, klein (Hose)	95.00
Frauenkittelblusen	40.00
Frauenröcke	80.00
Englische Uniformen	110.00
Amerikanische Uniformen	120.00
Wasserdichte Pferddecken	75.00
Wickelgamaschen	10.00
Feldflaschen	2.50
Strickjacken, Chauffeurjoppen, leinene Frauenkleider u. s. m.	verkaufen wir über 250 000 Stück von unserer Lager.

Die Waren kommen zum Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen Manufakturen. Die Waren sind größtenteils neu, zum Teil sind sie in unseren eigenen Werkstätten vorzüglich herbeigefertigt.

Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler.

B. KAUFMANN & CO., G.M.B.H.
Schönhauser Allee 47
Köpenicker Str. 145, 3. Hof, 3 Tr.
Untergrundbahnstation Dönhofsstr.
5 Minuten vom Schiffschen Bahnhof.

Sieben ist erschienen:

KARL KAUTSKY

Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei

Eine Auseinandersetzung mit TROTSKI

128 Seiten

Preis gut kartonniert 12.- Mark

In dieser Schrift untersucht Kautsky drei Fragen: Die Gründe für die Forderung der Arbeiterklasse nach der Demokratie; die Bedeutung der Diktatur der Arbeiterklasse und ferner die wichtige und ständig an Bedeutung gewinnende Frage über das Verhältnis des Sozialismus zum Arbeitszwang

Bestellungen werden erbeten an

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Tüchtige Verkäuferinnen

für Wäsche und Korsetts sowie Kassiererinnen und Kontoristinnen

sofort gesucht

Meldungen: 12-3 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Tüchtige Verkäuferinnen

für Weißwaren

sofort gesucht.

Meldungen 12-3 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Trauringfabrik

Dokaten 900 gef. St. v. 120.- an
14 Stk. 500 90.-
8 50.-
4 30.-

Beste Garantie für Feinsilber
in jeder Größe am Tage

BOCK, Berlin O
Königsplatz 44, gegenüber dem Hauptbahnhof
Fernsprecher 1122

Glockwunschkarten

zur Jugendweihe
in verbindlicher Ausführung

Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Str. 8, 9
und in den „Freiheit“-
Spezialausgaben erhältlich